Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ (alte Partei) für den Regierungsbezirk Merseburg.

Die Volksstimme erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Verantwortlich für die Redaktion: Max Seydewitz, für den Anzeigenteil: Rudolf Kochanski, beide in Halle. — Redaktion: Halle, Gr. Brauhausstr. 17, Fernsprecher Nr. 5407. Sprechstunde nur Dienstag und Freitag vormittag von 11½—12½ Uhr. Redaktionsschluß vormittags 10 Uhr. — Druck und Verlag der Volksstimme G. m. b. H. in Halle, Gr. Ulrichstraße 27.

Bezugspreis: Monatlich 1.25 Mark frei Haus, vierteljährlich 3.75 ohne Bestellgeld. Beim Abholen aus einer der Geschäftsstellen 1.15 Mk. Bei den Postanstalten vierteljährlich 3.75 ohne Bestellgeld. Einzelne Nummern 10 Pfg. — Anzeigengebühr: Die 7gespaltene Kolonelzeile 40 Pfennig, im Reklameteil Zeile 75 Pfennig. — Verlag und Expedition: Halle a. S., Große Ulrichstraße 27. — Fernsprecher Nr. 6802. — Zeitungspreisliste: Seite 411.

Nr. 121. — Halle, Sonnabend, den 31. Mai 1919. — 3. Jahrgang.

Verräter des Vaterlandes.

Die Rheinische Zeitung, das sozialdemokratische Organ in Köln, ist wegen Veröffentlichung der Unterhaltung des französischen Kommandierenden Generals Mangin mit dem Redakteur der Kölnischen Volksztg. Frohberger und den beiden Zentrumsabgeordneten auf acht Tage von der britischen Besatzungsbehörde verboten worden, was die englische Auffassung von Zensurfreiheit vortrefflich illustriert.

Die Sozialdemokratische Partei in Köln hat für die nächsten Tage große Protestversammlungen gegen den hochverräterischen Plan einberufen, Rheinland von Deutschland zu trennen. Die gesamte Arbeiterschaft Kölns hat bereits gegen die Abtrennungsgelüste protestiert und wird weiter dagegen protestieren. Wer sind aber die Treiber, die deutsches Land an den Feind verraten wollen? Kapitalisten! Leute, die um ihr Geld bangen. Dieselben, die immer das Vaterland im Munde führten und alle Arbeiter, die nach menschenwürdigem Sein strebten,

vaterlandslose Gesellen

schimpften, weil es auch da an ihren Geldbeutel ging. Unwillkürlich denkt man auch jetzt an das Wort des Arbeiterdichters Karl Böger, daß in Deutschlands größter Not „sein ärmster Sohn auch sein getreuester war"? Das Proletariat Deutschlands hat mit seinen Leibern den Boden geschützt, auf dem es so bitterwenig Eigentum besaß. Der Kapitalistensohn und Bourgeois aber räkelte sich im weichen Polstersessel, und wenn ihn schon der Gestellungsbefehl erreichte, so saß er totsicher innerhalb vierzehn Tagen in irgendeiner gesunden Kriegsgesellschaft. Die große Schieberorganisation des technischen Generalstabes in Berlin, „Ikotech" geheißen, oder „Wumba", wie sie sich später nannte, war das Sammelbecken für alle k. v.-Leute der Kapitalistenklasse. Von ihrem sicheren Port aus, hinterm Diplomatenschreibtisch her machten sie Durchhaltepolitik, nimmten Heldenpose und predigten die Schönheit des Heldentodes — — für die anderen.

Zwei Arten von Kriegshetzern hat es während der vier dunkeln Jahre bei uns gegeben: alldeutsche Gewaltmenschen und christliche Zentrumspriester! Die erste Kategorie kennen wir zur Genüge, das zusammengebrochene Volk erschöpft den letzten Rest Gefühlsempfinden, den aufzubringen es noch fähig ist, in einem

gärenden Haß gegen sie;

die zweite Kategorie aber, die Leute in der goldgestickten Toga und mit dem Brevier in den feisten Händen, um deren nackte Lippen das ewig gleiche, kalte Lächeln spielt, deren grüne Augen nie einen warmen Strahl zu senden vermögen — das waren die gleichen Kriegsverbrecher! Denn sie nahmen Gottes Wort von der großen Menschenliebe und preßten und zerrten an ihm herum und stauchten es so zusammen, bis es in den Mordplan ihrer Brüder vom Geldsack hineinpaßte. Salbungsvoll triefen aus ihren Mäulern die Worte, die ihnen der boshaft lächelnde Gott Mammon in die Ohren flüsterte. Wie kannten sie das Sprüchlein von den strategischen Sicherungen im Osten und Westen, wie pflegten sie den Haßgesang gegen England! Am lautesten im Chorus der alldeutschen Zentrumsblätter gebärdete sich die Kölnische Volkszeitung, das führende Organ des katholischen Klerus, von den erbitterten Soldaten draußen kurzweg „K. V." genannt. Wie jubelte dieses Blatt bei der Mobilmachung 1914, wie hetzte es in den letzten kritischen Tagen vorher, als selbst unsere schwerindustriellen Panzerplattenorgane der Tragweite jener schweren Stunden bewußt und schweigsam wurden. Und dann, als die Kriegsfurie durch die Länder brauste, als täglich Tausende von Streitern ihr Leben verröchelnd aushauchten, da war es dieses fromm-katholische Blatt, das in den

wildesten Annexionsplänen

schwelgte. Belgien und Nordfrankreich, Litauen, Kurland und Estland, belgische Kolonien und englische Milliarden, das waren die Ziele, für die die tapferen Zentrumsherren die Soldaten draußen ihr Blut verspritzen ließen. Denn was sie selbst verspritzten, das war nur die Tinte zu ihren verrückten Artikeln. Die Liste der Zentrumspriester, die in der Köln. Volksztg. gegen den Scheidemannschen „Schmachfrieden" protestierten, wird in der Geschichte des Christentums stets ein Schandfleck bleiben. Die gleichen Leute kommen jetzt und wollen Deutschland vom Feinde annektieren lassen, wollen das deutsche Volk, das sie in den Abgrund geführt, verraten und nochmals verkaufen. Die Arbeiterschaft der Rheinlande will nichts von diesem Treiben wissen. Sie hat in einer spontan aufflammenden Bewegung ohne irgendwelche Einwirkungen der Führer die Fabriken und Werkstätten verlassen, um in einem einmütigen Generalstreik gegen den gemeinen Versuch zu protestieren, sie nicht allein zu wirtschaftlichen, sondern auch zu politischen Sklaven der Entente zu machen.

Die Arbeiterschaft des Rheinlandes hängt mit ihrer ganzen Seele und mit leidenschaftlichem Herzen an dem arm gewordenen Deutschland, und so ist das Dichterwort,

daß der ärmste Sohn des Volkes auch der getreueste war,

in einer Weise eingetroffen, wie es der Dichter selbst nicht geahnt hat.

Gegenüber diesem Verbrechen des Landesverrats verblaßt fast das Vergehen der kapitalistischen Drückeberger, die heute ihre Kriegsgewinne einsacken und außer Landes flüchten. Im Flugzeug und in der Motorbarkasse, zu Fuß und im Auto bringen die Durchhaltepolitiker ihre Kriegsgewinne in Sicherheit. Milliarden sind schon abgeflossen und leider, leider darf unsere Regierung der Vorwurf nicht erspart bleiben, daß dieses Treiben seit Monaten ungehindert weitergehen konnte. So sind nach einem Bericht der Bergischen Arbeiterstimme allein aus der Stadt Solingen 12 bis 14 Millionen Mark über die Rheingrenze gebracht worden.

Eine Erinnerung aus dem ersten Kriegsjahr: in einer skandinavischen Stadt trafen sich deutsche Agenten mit Agenten der Entente. Beim schäumenden Sekt wurden im Prunksaal eines Hotels Millionengeschäfte abgeschlossen, deren Folge war, daß ungezählte Drehbänke zur Munitionsbearbeitung aus Deutschland nach dem Auslande gingen. Man stelle sich vor: Drehbänke aus deutschen Fabriken, auf denen die Gegner die Granaten herstellten, die

hunderttausend Tod in die Reihen unserer Soldaten

hineinschickten! Der Unfug wurde so stark, daß die deutsche Regierung damals ein Ausfuhrverbot für diese Art Maschinen erlassen mußte. Die internationalen Agenten der Kapitalisten aber saßen abends nach abgeschlossenem Geschäft in gedoppelten Räumen, nach Nationen getrennt und begossen bei Sekt und Wein ihre Vaterlandsliebe, und skandinavische Blätter meldeten damals, daß der Höhepunkt des Festgelages die Absingung des Liedes „Deutschland, Deutschland über alles" bildete.

Das Blutgeld der Kriegsgewinne wird jetzt in Sicherheit gebracht.

Der kapitalistische Judas

nimmt seinen Sack Silberlinge und schüttelt den Staub von seinen Füßen. Vier Jahre lang hat man das deutsche Volk vorwärts gepeitscht und hineingehetzt in den Abgrund, der unseren Wohlstand, unser Glück und alles verschlungen hat, was uns das Leben noch irgendwie lebenswert machte. Und nun der Ruin vollständig ist, findet sich die heilige Allianz der Volksverräter zusammen und läuft zum Feinde über. Jetzt endlich reißen sie die Maske vom Antlitz und zeigen sich entblößt jeder Moral in ihrer wahren, häßlichen Gestalt. Sieht nun das deutsche Proletariat, das am 19. Januar zu einem Teil noch den Leuten nachgelaufen ist, wo sein wirklicher Feind steht? Die kapitalistischen Verbrecher des Salons sind ebenbürtig ihrer Brüder vom Gebetbuch. Das deutsche Volk wird auch über diese Gesellschaft hinwegschreiten zur Erfüllung seiner großen Aufgabe, durch den Sozialismus eine bessere Menschengemeinschaft zu schaffen.

Unübertreffliche Frechheit.

In der preußischen Landesversammlung hat der Führer der dortigen deutschnationalen Fraktion, der ehemalige preußische Finanzminister, äußerst scharfe Angriffe gegen die Regierung wegen ihrer Friedenspolitik gerichtet und im Hinblick auf die deutschen Gegenvorschläge mit der entschiedensten Opposition gedroht. Aus Hergts Rede sprach der alte übermütige alldeutsche Geist, der auch jetzt sich nicht entblödet, das deutsche Volk in seiner Not noch zu verhöhnen. Man muß wirklich die Unverfrorenheit dieser Herren bewundern. Denn welches ungeheure Maß von Schuld an unserer heutigen Lage sie tragen, weiß doch jeder und wissen auch sie selber ganz genau. Wie haben diese „Politiker" den Reichstag geschmäht, als er im Augenblick, wo es noch nicht zu spät war, einen Frieden ohne Annexion und Entschädigungen verlangte! Und wie haben diese Herren zum unbeschränkten U-Boot-Krieg und zur Herausforderung Amerikas gehetzt! Ausgerechnet Dr. Hergt tritt jetzt als Sprecher der Deutschnationalen auf, derselbe Herr, der noch am 16. Januar 1918 im preußischen Abgeordnetenhause in seiner Finanzrede hochmütig sagte:

„Wir merken, wie groß die Not der Feinde ist, wenn wir hören, wie sie nach der großen Armee über dem Wasser rufen. Die große Armee über dem Wasser kann nicht schwimmen, sie kann nicht fliegen, sie wird nicht kommen."

Und ein halbes Jahr später führten an zwei Millionen Amerikaner mit ihrem ungeheuren Material an Tanks, Fliegern und Geschützen die Entscheidung gegen uns herbei. Ein Politiker von so großem „Scharfblick" und solcher „Sehergabe" wie Herr Hergt tätet wirklich besser, jetzt zu schweigen, anstatt mit neuem Wahnsinn noch größeres Elend über das deutsche Volk zu bringen.

Mündliche Verhandlungen.

Gegen die Geheimdiplomatie.

Der wichtigste Vorschlag, der in der Mantelnote von den deutschen Delegierten gemacht wird, ist der, in mündliche Verhandlungen über den Friedensvertrag einzutreten. Am Schluß der Note sagt die deutsche Delegation, daß noch bis jetzt kein Friedensvertrag der Welt lediglich durch schriftliche Verhandlungen abgeschlossen worden ist, und daß das schriftliche Verfahren um so weniger bei dem größten und wichtigsten Friedensvertrag, den die Weltgeschichte kenne, Platz greifen könne. Es wird deshalb ausdrücklich gefordert, daß die feindliche Delegation mit den deutschen Unterhändlern in mündliche Besprechungen eintrete. Diese mündlichen Verhandlungen sollen aber nicht in den Formen der veralteten Geheimdiplomatie geführt werden, da es sich um Fragen handelt, die für das Schicksal der Völker von entscheidender Bedeutung sind. Die deutsche Mantelnote verlangt nach dem Grundsatz, zu dem sich in früheren Erklärungen auch Wilson und die englischen Staatsmänner bekannt haben, daß die mündlichen Verhandlungen nicht hinter geschlossenen Türen, sondern öffentlich geführt werden.

Wie verlautet, soll sich auch Wilson für diesen deutschen Vorschlag eingesetzt haben. Hoffentlich dringt er durch, damit wir auch tatsächlich Friedensverhandlungen bekommen.

Nach einer Meldung aus Paris wollen die Alliierten die deutschen Gegenvorschläge in 8 Tagen beantworten.

Die Reichsregierung an den deutschen Osten.

Berlin, den 30. Mai. Die Reichsregierung erläßt folgenden Aufruf: Die deutschen Gegenvorschläge sind in Paris überreicht worden. Sie treten mit Nachdruck und Ernst für das Verbleiben der deutschen Landesteile im Osten beim Reich ein. Sie führen den Nachweis, daß weder Oberschlesien noch Westpreußen, weder Danzig noch Memel von Deutschland losgerissen werden dürfen, daß Ostpreußen nicht verkümmern darf durch die Einschiebung eines polnischen Korridors zwischen deutsche Gebietsteile.

Jetzt heißt es, diese Gegenvorschläge zu unterstützen und alles zu vermeiden, was ihre Wirkung beeinträchtigen könnte. Wer heute den Gegnern einen Vorwand für den Einmarsch und die gewaltsame Besitzergreifung liefert, macht sich gegen seinen Willen zu ihren Bundesgenossen.

Deutsche im Osten! Bewahrt das Reich in dieser Gefahr durch Ruhe und Disziplin. Laßt keine unruhigen Köpfe das Schicksal Deutschlands und vor allem des deutschen Ostens gefährden. Verhandlungen, nicht Kampf! Das muß jetzt die Parole sein.

Werden unsere Gegenvorschläge abgelehnt, so wird die Reichsregierung ihre Entschlüsse für Reich und Deutschtum fassen, wie es für das Leben des ganzen Volkes notwendig ist. Wir kennen unsere Verantwortung für die Gegenwart und die Zukunft.

Verhandeln nicht Kampf! Eine andere Parole kann es gar nicht geben. Das ist etwas so Selbstverständliches, daß es eigentlich gar nicht erst gesagt zu werden brauchte.

Kabinettssitzung.

Berlin, den 30. Mai. WTB. meldet: Heute vormittag hielt die Reichsregierung eine Kabinettssitzung ab, in der über das aus Versailles neu eingetroffene Material beraten wurde. Ferner beschäftigte sich der Kabinettsrat mit den Maßnahmen, die während der Zeit ergriffen werden könnten, in der die Entente unsere Gegenvorschläge prüft. Die Sitzung hatte um 11 Uhr vormittags begonnen und dauerte bis 2 Uhr nachmittags. Die Minister Giesberts und Landsberg, die in Begleitung von 13 anderen Herren der deutschen Friedensdelegation nach Berlin zurückkehrten, werden heute abend hier eintreffen. Die Minister werden in der morgigen Kabinettssitzung ausführlichen Bericht über die Vorgänge der letzten Tage in Versailles erstatten. An zuverlässiger Stelle liegen bis jetzt noch keinerlei Nachrichten darüber vor, wie sich die Entente zu unserem Wunsche nach mündlichen Verhandlungen stellen wird und ob sie zu Aenderungen des Friedensvertrages bereit ist.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519190531-11/fragment/page=0001

Der Inhalt der deutschen Gegenvorschläge.

I.

Berlin, 30. Mai. In dem zweiten Teil der deutschen Denkschrift wird zunächst der Völkerbund besprochen. Deutschland erklärt sich, indem es die Grundgedanken des deutschen Völkerbundentwurfs aufrecht erhält, bereit, auf der Grundlage des Entente-Entwurfs zu verhandeln, jedoch unter der Voraussetzung, daß Deutschland sofort bei Unterzeichnung des Friedensvertrages gleichberechtigt in den Völkerbund eintritt.

Dem Ententeentwurf über die Abrüstung stimmt Deutschland zu, verlangt jedoch hierfür eine Uebergangszeit, während deren Deutschland die namentlich zur Aufrechterhaltung der inneren Ordnung nötigen Truppen behält. Deutschland ist ferner bereit, seine Festungen im Westen zu schleifen und eine militärisch unbesetzte Zone dort einzurichten. Zur Festsetzung von Einzelheiten verlangt Deutschland die Aufnahme mündlicher Verhandlungen.

Im Abschnitt über die Territorialfragen wird in Uebereinstimmung mit den 14 Punkten Wilsons der Grundsatz aufgestellt, daß kein Gebiet von Deutschland abgetrennt werden darf, dessen nationale Zugehörigkeit durch Jahrhunderte konfliktlose Vereinigung mit dem deutschen Staatswesen unbestreitbar bewiesen ist, oder dessen Bevölkerung sich nicht mit der Abtrennung einverstanden erklärt. Es werden dann mehrere Einzelheiten zur Erzielung einer unbeeinflußten Volksabstimmung angeführt und erklärt, daß jedenfalls um Holzes oder Zink-Erze willen Menschen nicht von einer Souveränität zur anderen verschoben werden sollen.

Betreffend das Saargebiet wird die in den schon bekannten früheren deutschen Noten angebotene Lösung wiederholt. Dabei wird betont, daß die von der Entente vorgeschlagene Eigentums-Uebertragung der Saarbergwerke das Hundertsache der französischen Forderungen erreichen würde. — Betreffs Elsaß-Lothringen wird Volksabstimmung verlangt. Im Falle eines Anschlusses Elsaß-Lothringens müßten die Rechte sämtlicher Bewohner sichergestellt werden und das Land einen entsprechenden Anteil an den deutschen Schulden übernehmen.

Für Deutsch-Oesterreich wird die Möglichkeit des Anschlusses an Deutschland verlangt.

Die Abtretung des größten Teiles Oberschlesiens wird abgelehnt, da es eine deutsche Mehrheit aufweist. Es läge auch im Interesse der Alliierten, Oberschlesien bei Deutschland zu belassen, denn die Verpflichtungen aus dem Weltkrieg kann Deutschland höchstens mit, niemals aber ohne Oberschlesien erfüllen. Soweit Posen unbestreitbar polnisch ist und abgesehen von dem Verbindungsweg mit Ostpreußen, der Deutschland unbedingt erhalten bleiben muß, Gebietsteile Westpreußens unzweifelhaft polnisch besiedelt sind, ist Deutschland bereit, sie eventuell Polen abzutreten.

II.

Die beabsichtigte nationale Vergewaltigung wird abgelehnt. Deutschland ist bereit, die Häfen Memel, Königsberg und Danzig zu Freihäfen auszugestalten und dort Polen weitgehende Rechte einzuräumen.

Die Loslösung ostpreußischer Gebietsteile wird abgelehnt.

Bezüglich Schleswigs schlägt Deutschland vor, daß die Begrenzung des Abstimmungsgebietes nach Süden mit der Linie zusammenfällt, welche die Umschlaglinie der westpreußischen Mehrheit bedeutet. Die deutschen Behörden bleiben während der Abstimmung bestehen, werden aber einer aus gleichvielen Deutschen und Dänen mit einem schwedischen Obmann bestehenden Kommission unterstellt.

Die Ententeforderungen über die deutschen Kolonien stehen in unvereinbarem Widerspruch mit dem fünften Wilsonschen Punkt. Deutschland hat seine Kolonien rechtmäßig erworben und in zäher Arbeit mit viel Opfern entwickelt. Der Kolonialbesitz ist für Deutschland in Zukunft notwendiger als früher, weil Deutschland Rohstoffe für seine Volkswirtschaft möglichst aus eigenen Kolonien ziehen muß, seiner Valuta-Verhältnisse wegen und weil es Absatzgebiete für seine Industrie- und Siedlungsgebiete wenigstens für einen Teil seines Bevölkerungsüberschusses haben muß. Die deutsche Regierung hält die feindliche Forderung des Verzichts Deutschlands auf seine Kolonien für ungerechtfertigt und schlägt die Verweisung der Kolonialfrage an einen anderen Ausschuß vor. Unter Aufrechterhaltung des Anspruches auf Wiedererlangung seines Kolonialbesitzes ist Deutschland bereit, falls der Völkerbund zustande kommt, die Verwaltung seiner Kolonien nach den Grundsätzen des Völkerbundes gegebenenfalls als dessen Mandatar zu führen. Deutschland beansprucht keinerlei altrussisches Gebiet und betrachtet die staatsrechtliche Struktur einzelner russischer Staaten als deren innere Angelegenheit. Ein Recht Rußlands auf Wiederherstellung und Wiedergutmachung durch Deutschland wird nicht anerkannt.

III.

Die Denkschrift der deutschen Regierung geht auf den Fragen der deutschen Rechte und Interessen außerhalb Deutschlands, die Handelsschiffahrt und den Außenhandel über. Deutschland bedarf der Weltschiffahrt für sein gesamtes Wirtschaftsleben. Die Wegnahme der Internierten deutschen Schiffe ist völkerrechtlich unbegründet. Die Wegnahme der deutschen Kabel eine ungerechtfertigte Einschränkung des deutschen Nachrichtendienstes.

Durch die Beseitigung deutscher Rechte und Ansprüche und Liquidierung deutschen Privateigentums im feindlichen Auslande selbst nach Friedensschluß wird der deutsche Außenhandel von jeder Betätigung ausgeschlossen und die Möglichkeit eines Wiederaufbaues beschnitten. Die Forderung auf Auslieferung der Ueberseehandelsflotte ist unannehmbar. Dagegen ist Deutschland bereit, sich an den für die Gesamtheit erforderlichen Transportleistungen zu beteiligen, indem es die Schiffe für einen Weltpool fahren läßt, der für alle beteiligten Flaggen einheitliche und gleiche Mitwirkung vorsieht. Deutschland ist bereit, die Bauverpflichtung für Handelsschiffe zu übernehmen.

Eine Ersatzpflicht besteht für Deutschland nur für den Schaden, der der Zivilbevölkerung durch Angriffe zugefügt wurde, und zwar in Belgien und Nordfrankreich. Eine Ersatzpflicht an Italien, Montenegro, Serbien, Rumänien und Polen wird abgelehnt, weil Deutschland hier nicht angegriffen hat. Bezüglich der finanziellen Leistungen zur Schadenvergütung hält Deutschland den Grundsatz der Gegenseitigkeit aufrecht und lehnt die Ersetzung der unmittelbaren Kriegskosten und der Kosten für das Besatzungsheer ab. Da Deutschland in jeder Hinsicht wehrlos ist, ist die Sicherung nicht notwendig durch Besetzung. Deutschland erklärt sich bereit, nach seiner Leistungsfähigkeit bestimmten Prozentsatz der gesamten Einnahmen des Deutschen Reiches und der Einzelstaaten als Annuitäten zu zahlen. An der Wiedergutmachung müssen auch alle Gebiete beteiligt sein, die durch den Friedensentwurf von Deutschland abgetrennt werden. Es folgt dann der bereits bekannte Vorschlag über die Begrenzung des Schadenersatzes im Höchstbetrage von 100 Milliarden Gold. Die ab 1926 zu leistenden Annuitäten sollen in den ersten zehn Jahren nicht höher sein, als der zweifache Gegenwert einer Milliarde Mark in Gold. Die Bezahlung der Annuitäten kann durch eine Garantiekasse sichergestellt werden. Falls Deutschland mit seiner Annuität im Verzuge sein sollte, könnte den Ententeregierungen die Kontrolle für den Dienst dieser Kasse zugestanden werden. In der Frage der Herausgabe sowie des Ersatzes für Maschinen betont die Denkschrift, daß die hierfür notwendigen Maßnahmen unter Wahrung der wirtschaftlichen Souveränität der deutschen Regierung getroffen werden müssen, daß also die von der Entente vorgeschlagene Wiederherstellungskommission andere zusammenzusetzen und mit anderen Befugnissen auszustatten ist.

Wissen Sie schon

daß morgen der 1. Juni ist? Dann gehen Sie sofort daran, ein Abonnement auf unser Blatt zu bestellen! Sie haben dann bei der Wahl einer Tageszeitung

den rechten Griff getan

denn schnelle Berichte, sachliche Darstellung, konsequenten Sozialismus und rücksichtslose Vertretung der Volksinteressen finden Sie nur in der

Volksstimme!

IV.

Zur Deckung der Produktion der zerstörten Kohlengruben in den nächsten zehn Jahren ist Deutschland bereit, in der ersten Zeit 20 Millionen Tonnen und in fünf Jahren 8 Millionen jährlich als Höchstmaß zu liefern. Ferner wird Beteiligung der deutschen Schachtunternehmungen an der Wiederherstellung der zerstörten Gruben vorgeschlagen. Die Forderungen betr. die chemische Industrie ist Deutschland anzunehmen bereit; doch seien mündliche Verhandlungen über die Einzelheiten dieser Fragen notwendig. Anstelle der im Entente-Entwurf vorgesehenen einseitigen Rechte für die Ententeregierungen für eine kürzere Reihe von Jahren wird gegenseitige unbedingte Meistbegünstigung in allen wirtschaftlichen Beziehungen mit einzelnen sachlichen angemessenen Ausnahmen vorgeschlagen. Die Abgabe von Eisenbahnmaterial an Polen wird abgelehnt, ebenso die Verpflichtung, Bahnen nach Vorschrift der Alliierten zu bauen. Die Annahme der Entente-Bestimmungen über die Binnenschiffahrt ist mit der Fortdauer der Souveränität Deutschlands unvereinbar und unmöglich. Deutschland ist bereit, den deutschen Stromverkehr allen Staaten zu opfern. Jedoch sind an der Verwaltung lediglich die Uferstaaten zu beteiligen.

V.

Deutschland verlangt, daß alle Kriegsgefangenen und Zivilinternierten, die verurteilt wurden, freigelassen werden. Betreffs der Verhandlung und Abbeförderung müssen verträglich alle Erleichterungen gewährt werden, die den alliierten Kriegs- und Zivilgefangenen von Deutschland gewährt wurden. Die deutsche Regierung kann nicht zulassen, daß der deutsche Kaiser vor ein fremdes Ausnahmegericht gestellt und nach Grundsätzen nicht des Rechtes, sondern der Politik gerichtet wird. Die deutsche Regierung erklärt sich nicht damit einverstanden, daß an Holland ein Gesuch um Auslieferung des Kaisers gestellt wird. Auch kann Deutschland nicht die Verpflichtung übernehmen, den Gegnern diejenigen Personen, die eines Verstoßes gegen die Kriegsgesetze beschuldigt werden, zu überantworten. Zu den Arbeiterfragen, erklärt die Denkschrift, ein Friede, der die Gleichberechtigung der Arbeiterschaft nicht bringe, könne nicht von Dauer sein. Deutschland beantragt deshalb in Uebereinstimmung mit den Arbeitern aller Länder erneut die Einberufung einer Konferenz der Arbeiterorganisationen, deren Ergebnisse sowohl für das materielle Arbeiterrecht, wie für die internationale Arbeiterorganisation in den Friedensvertrag aufzunehmen und dabei zu internationalem Recht zu erheben sein würden.

Der letzte Abschnitt erklärt die von der Entente vorgesehenen Bürgschaften für die Durchführung für unannehmbar. Die Möglichkeit eines deutschen Eingriffs sei ausgeschlossen. Die Besetzung würde die Ausführung der übernommenen Verpflichtungen zur Wiedergutmachung erschweren, wenn nicht unmöglich machen. Deutschland erwartet deshalb Räumung der besetzten Gebiete spätestens sechs Monate nach Unterzeichnung.

Zum Schluß erklärt die Denkschrift, daß sich den Alliierten als Bürgschaften wirksamere Mittel als Zwang und Gewalt bieten. Durch den Willen des Volkes wurde Deutschland Demokratie und Republik. Eine Rückkehr zu Verfassungszuständen, unter denen der Wille des deutschen Volkes mißachtet werden konnte, ist ausgeschlossen. Das neue Deutschland ist überzeugt, Vertrauen zu verdienen, und darf darum Aufnahme in den Völkerbund verlangen. Die unbedingt notwendige Zugehörigkeit Deutschlands zum Völkerbund stellt für sich allein schon die stärkste Bürgschaft der Vertragstreue der deutschen Regierung dar. Wesentlich größer noch wird der innere und äußere Wert dieser Bürgschaft sein, wenn die Sieger sich bereit finden lassen, Deutschland beim Wiederaufbau seines Wirtschaftslebens tätig zu helfen.

Die deutsche Regierung würde ihre Pflicht verletzen, wenn sie auf die Folgen eines Gewaltfriedens nicht nochmals warnend hinwiese. Das Schicksal Rußlands redet eine deutliche Sprache. Im Begriff, ein neues, auf Freiheit und Arbeit begründetes Gemeinwesen zu begründen, wendet sich das deutsche Volk an seine bisherigen Gegner. Es verlangt im Interesse aller Völker und Menschen einen Frieden, den es nach innerer Ueberzeugung seines Gewissens seine Zustimmung zu geben vermag.

*

In der Mantelnote heißt es dann weiter:

Die für die Ausarbeitung dieser Denkschrift uns gesetzte Frist war so kurz, daß es unmöglich war, alle Fragen zu erschöpfen. Eine fruchtbare und aufklärende Verhandlung könnte nur in mündlicher Unterredung stattfinden. Dieser Friede soll das größte Vertragswerk der Geschichte werden. Es gibt kein Beispiel, daß so umfassende Verhandlungen nur durch Notenaustausch geführt worden sind. Die Empfindung der Völker, daß sie ungeheure Opfer gebracht haben, verlangt, daß die Bestimmung über ihr Geschick in offenem rückhaltlosem Gedankenaustausch erfolgt. Deutschland soll den ihm vorgelegten Vertrag mit seiner Unterschrift versehen und ihn erfüllen. Auch in seiner Not ist ihm das Recht zu helfen, als daß es sich dazu hergeben könnte, Bedingungen anzunehmen, für deren Erfüllung es nicht einstehen kann. Wohl haben immer wieder in der Geschichte der letzten Jahrzehnte die Friedensverträge der Großmächte das Recht des Stärkeren verkündet, aber jeder von diesen Friedensschlüssen gehört zu den Urhebern oder Verlängerern des Weltkrieges. Wo in diesem Krieg der Sieger zum Besiegten gesprochen hat, in Brest-Litowsk und Bukarest, waren seine Machtworte nur eine

Aussaat künftigen Unfriedens.

Die hohen Ziele, die zuerst unsere Gegner für ihre Kriegsführung aufgestellt haben, das neue Zeitalter gesicherter Rechtsfriedens, erfordern einen Vertrag von anderer Gesinnung. Nur ein Zusammenarbeiten aller Völker, ein Zusammenarbeiten der Hände und der Geister kann einer Dauerfrieden schaffen. Wir täuschen uns nicht darüber, wie stark der Haß und die Erbitterung sind, die dieser Krieg erzeugte, und doch sind die Kräfte, die für eine Einigung er Menschheit am Werke sind, jetzt stärker als je zuvor. Es ist die geschichtliche Aufgabe der Friedenskonferenz von Versailles, diese Einigung herbeizuführen.

Die neue deutsche Kriegsgefangenen-Note.

Versailles, den 30. Mai. Von der gestern Clemenceau überreichten Note über die Kriegsgefangenen hält es die deutsche Friedensdelegation für ihre Pflicht zu den Ausführungen in der Note der Alliierten vom 20. d. M. unter anderem folgende Bemerkungen zu machen:

1. Die Weigerung der Alliierten, durch eine Aenderung der einschlägigen Bestimmungen das Los der Kriegs- und Zivilgefangenen sofort zu verbessern, ist auf das tiefste zu bedauern. Die Kommission, deren Einsetzung leider an der Weigerung der alliierten und assoziierten Mächte gescheitert ist, hätte unter anderem den Postverkehr der Kriegs- und Zivilgefangenen mit ihren Familien erleichtern sollen. Es sind unzählige Familien nachzuweisen, in denen deutsche Kriegsgefangene seit Abschluß des Waffenstillstandes ohne jede Verbindung mit der Heimat sind. Weiterhin wäre es ganz allgemein die Aufgabe der vorgeschlagenen Kommission gewesen, Mittel und Wege zu finden, um durch höhere Entlohnung, bessere Unterbringung und Kost, erweiterte Bewegungsfreiheit, Gewährleistung der Sonntagsruhe usw. die Lage der Kriegs- und Zivilgefangenen in jeder Hinsicht zu heben und diese so vor dem völligen Zusammenbruch zu retten.

2. Die alliierten und assoziierten Mächte lehnen in ihrer Note vom 20. d. M. die Freilassung derjenigen Kriegs- und Zivilgefangenen ab, die sich Verbrechen und Vergehen haben zuschulden kommen lassen. Deutschland hat seinerzeit die unterschiedslose Freilassung aller Kriegs- und Zivilgefangenen der alliierten und assoziierten Mächte zugestanden. Es muß nun auch auf seinen Anspruch bestehen, daß seinen Angehörigen gegenüber von seiten der alliierten und assoziierten Regierungen in gleicher Weise verfahren wird. Die deutsche Friedensdelegation muß um so mehr auf ihrem Standpunkt beharren, als der deutschen Regierung auf den ihr vertragsmäßig von der französischen Regierung übergebenen Straflisten bekannt ist, daß deutsche Kriegsgefangene in Frankreich wegen geringer Vergehen gegen die Disziplin gerichtlich zu langjähriger Freiheitsstrafe verurteilt worden sind.

3. Die deutsche Friedensdelegation muß die einseitige Behauptung, daß kein Vergleich gezogen werden könne in der Behandlung der Kriegsgefangenen durch die deutsche Regierung einerseits und die alliierten und assoziierten Mächte andererseits, mit aller Entschiedenheit zurückweisen. Die deutsche Regierung hat das Urteil der Welt hinsichtlich der Behandlung der Kriegs- und Zivilgefangenen in Deutschland nicht zu scheuen. Sie ist jederzeit bereit, die Frage der Behandlung der Kriegs- und Zivilgefangenen durch die verschiedenen kriegführenden Mächte der Prüfung einer aus neutralen und unbeteiligten Mitgliedern bestehenden Kommission zu übertragen. Sie würde die Einsetzung einer derartigen unparteiischen Stelle nur warm begrüßen, der sie zahlreiche Beweise unmenschlicher Behandlung deutscher Kriegsgefangener vorlegen könnte. In diesem Zusammenhang lenkt die deutsche Friedensdelegation die Aufmerksamkeit der Alliierten auf das in Abschrift beigefügte, an das Internationale Rote Kreuz gerichtete Schreiben vom 17. Februar 1919 hin, in dem französische Arbeiterinnen als Frauen und Mütter eingezogener Franzosen ihre Stimmen gegen den Anblick grausamer Behandlung deutscher Gefangener im Departement Seine-Inférieure erheben, die in der Tat nicht geeignet ist, die in der Note der alliierten und assoziierten Mächte vom 20. Mai 1919 aufgestellte Erklärung zu rechtfertigen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519190531-11/fragment/page=0002

Die Bewegung in der Internationale.

Die französischen Gewerkschaften für den wahren Völkerfrieden.

Versailles, 28. Mai. Das Nationalkomitee der Confederation generale du travail erörterte gestern nachmittag nochmals das Friedensproblem und nahm schließlich mit allen Stimmen bei zwei Stimmenthaltungen einen Antrag an, in welchem die Haltung der Confederation generale du travail gegenüber dem Versailler Friedensvertrag festgelegt wird. Der Antrag erhebt zunächst Einspruch gegen die Geheimhaltung der Versailler Erörterungen und gegen die Unzulänglichkeit des durch die Presse verbreiteten Auszuges des Vertrages. Die augenblicklichen bekannten wesentlichen Abmachungen des Vertrages entsprechen keineswegs den Wünschen der Arbeiter. Sodann geht der Antrag auf die Einzelheiten ein und formuliert zehn Punkte gegen die Gesamtheit der Artikel des Vertrages. In diesen zehn Punkten wird erklärt, daß der Vertrag:

1. eine Verneinung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker sei; 2. Gebiete in verkappter Weise annektiert; 3. die Verpflichtung bezüglich der Gesellschaft der Nationen verleugne; 4. zu den alten Bündnissystemen zurückkehre; 5. die allgemeine Abrüstung unmöglich mache; 6. den Kolonialismus fortsetze; 7. daß ihm jegliches internationales Finanzsystem fehle; 8. daß ihm ein internationaler wirtschaftlicher Organismus fehle; 9. daß er den wirtschaftlichen Krieg und die Blockade fortsetze; 10. daß jede wahre internationale Arbeitscharta ihm fehle.

Der Vertrag rufe neuen Haß und territoriale Revanchewünsche hervor und lasse Konfliktskeime bestehen, welche mindestens ebenso groß und gefährlich seien, wie die Konfliktskeime vor dem Krieg 1914. Das Nationalkomitee verlangt schließlich eine Revidierung des Vertrages und erklärt, daß getreu den Grundsätzen eines Friedens der Freiheit und Gerechtigkeit die Arbeiterklasse Frankreichs entschlossen sich verpflichtet, sowohl durch eine nationale Aktion als durch gemeinschaftliche Anstrengungen mit den Arbeitern anderer Nationen auf die Verwirklichung eines wahren Völkerfriedens und eine stabile Weltorganisation, hinzuarbeiten.

*

Die Meuterei in der französischen Marine.

Bei der revolutionären Kundgebung französischer Matrosen in Sewastopol hißten am Ostersonntagmorgen die französischen Kreuzer rote Flaggen. Die Matrosen näherten sich in Booten, die mit roten Bändern und Blumen geschmückt waren, unter Absingung revolutionärer Lieder der Küste. An Land vereinigten sie sich mit Arbeitern und begaben sich unter Rufen „Es lebe der Bolschewismus" zum Gewerkschaftshause. Am Vorabend der Räumung Sewastopols durchzogen französische Soldaten die Stadt unter Rufen auf den Bolschewismus und Sozialismus. Sie trugen rote Rosen und ihre Wagen waren mit roten Bändern geschmückt.

Es gärt überall.

Die italienischen Sozialisten haben einen scharfen Protest gegen den Gewaltfrieden erhoben und den Entente-„Friedens"-Vertrag als die Absicht bezeichnet, den Sozialismus abzuwürgen.

Englische Drohungen mit dem Generalstreik. Wie Humanité berichtet, ist der englische Arbeitsminister in Paris eingetroffen, um Lloyd George die neuen, unter Androhung des Generalstreiks gestellten Forderungen der Berg-, Eisenbahn- und Transportarbeiter zu unterbreiten. Die drei Verbände verlangen u. a. Abschaffung der Dienstpflicht, Aufhebung der Blockade gegen Deutschland, Zurückziehung der Truppen aus Rußland und Freilassung aller wegen Dienstpflichtverweigerung Festgenommenen. — Auch die britischen Arbeiter wollen um der gleichen Zwecke einen Streik organisieren.

In London veranstaltete der englische Arbeiterbund Workers Socialist Federation am Trafalgar Squern eine Kundgebung, in der als letzte Rettung die soziale Revolution gefordert wird.

Die Wiedermobilmachung in ganz Belgien hat in Arbeiter- und Bürgerkreisen und unter den Studierenden tiefste Erregung hervorgerufen.

Nach Meldungen aus Lima (Peru) sind dort Streikunruhen ausgebrochen. Es wurden dabei 6 Personen getötet und 20 verwundet. Ueber Lima ist der Belagerungszustand verhängt worden.

Englische Behandlung streikender deutscher Arbeiter.

Benrath bei Düsseldorf. Infolge Ablehnung der Forderung der hiesigen Arbeiterschaft auf eine einmalige Teuerungszulage hatte der Aktionsausschuß der Arbeiter die britische Behörde angerufen, welche entschied, daß die Forderung für alle Arbeiter nicht bewilligt werden könne. Die Arbeiterausschüsse beschlossen daraufhin Dienstag abend den sofortigen Generalstreik, trotzdem von der britischen Behörde der Streik verboten wurde. Der Aktionsausschuß wurde von der britischen Behörde verhaftet. Der General gab am Schlusse noch zwei Arbeitervertretern die Erklärung ab, daß jeder, der weiterstreikt, über die Grenze transportiert werde. Bei der Abführung des Streikausschusses wurden von einigen Arbeitern Hochrufe ausgebracht. Die betreffenden Leute mußten sofort ihre Pässe abgeben und sehen einer strengen Bestrafung entgegen. Infolge des Generalstreiks wurde auf Befehl der britischen Behörde in den Gemeinden Benrath und Wilden der verschärfte Belagerungszustand verhängt.

„Gerüchte."

Berlin, 30. Mai. Gegenüber den alarmierenden Nachrichten über Losreißungs-Bestrebungen der verschiedensten Landesteile vom Reiche wird festgestellt, daß dieselben nur Gerüchte sind. Für Bayern und die übrigen süddeutschen Staaten hat die letzte Besprechung der Vertreter dieser Staaten mit der Reichsregierung auf neue den Beweis erbracht, daß überall der unerschütterliche Wille besteht, die Reichseinheit unter allen Umständen zu wahren. Aus Ost- und Westpreußen sind gerade in den letzten Wochen zahlreiche Kundgebungen an den Reichspräsidenten und die Reichsregierung gelangt. Sie bringen das feierliche Gelöbnis zum Ausdruck, daß die gesamte Bevölkerung dieser Gebiete die Unteilbarkeit des Reiches fordert und zu schützen entschlossen ist. Die welfischen Forderungen, die auf ein selbständiges Hannover hinzielen, werden von einer großen Mehrheit abgelehnt.

Eine neue Diktatur in Rußland.

Basel. Wie die französische Regierungspresse frohlockend mitteilt, ist der Viererrat bereit, den Admiral Koltsak im Prinzip anzuerkennen. Es tritt immer deutlicher zutage, daß die Entente in ihm einen ausgezeichneten Helfershelfer für die Verwirklichung ihrer imperialistischen Ziele in Rußland gefunden zu haben glaubt. Auch Japan, daß anfangs zögerte, setzt sich jetzt für Koltschak ein. Nur Wilson scheint noch zu zögern. Daß Koltschak weiß, was die Entente von ihm will, geht aus seinen Aeußerungen englischen Korrespondenten gegenüber hervor, denen er sagte, es käme ihm weniger auf die Einnahme Petersburgs oder Moskaus, als auf die Vernichtung des bolschewistischen Regimes an. Auch die Sozialrevolutionäre, deren er eine große Zahl verhaften ließ, sprechen ihm jedes Verständnis für demokratische Forderungen ab.

Auch über Moskau und das gesamte Gebiet Moskau—Petersburg ist der Belagerungszustand verhängt und der Kriegszustand erklärt. Moskau wird gleichfalls von den Bolschewisten geräumt. Massenhinrichtungen und Epidemien sind an der Tagesordnung.

Offensive der Alliierten gegen Ungarn.

Wien, 31. Mai. Das rumänische Königspaar sowie mehrere rumänische Generäle und Offiziere sind nach der ungarischen Front abgereist. Die Reise wird mit der unmittelbar einsetzenden Alliertenoffensive gegen Sowjetungarn in Verbindung gebracht.

Die feindlichen Brüder.

Von der Kommunistischen Partei wird augenblicklich ein Flugblatt verbreitet, das in scharfer Weise Stellung nimmt gegen die Unabhängigen. Selbstverständlich kommt auch die Sozialdemokratische Partei in dem Flugblatt schlecht weg, aber in der Hauptsache ist es doch bemerkenswert durch den scharfen Ton, den es gegen die Unabhängigen anschlägt. Das Blatt wendet sich so gegen die Unabhängigen:

„In den Tagen vom 9. November hatte sich die deutsche Revolution zu entscheiden, ob sie den Weg vorwärts gehen wolle zum Sozialismus oder zurück zum Imperialismus. Damals hatte das revolutionäre Deutschland zu entscheiden, ob es sich verständigen wolle mit dem revolutionären Rußland oder mit der imperialistischen Entente. In jenen Tagen fielen die Würfel und wurde der Weg gewählt, der zu dem Schmachfrieden von Versailles führte. Und Arbeiter und Parteigenossen, Ihr dürft nicht vergessen, die, die Euch damals diesen Weg führten, waren nicht die Ebert-Scheidemann allein, es waren neben ihnen die Unabhängigen, die Haase, Dittmann, Barth, die in dem Kabinett saßen, und allen voran Karl Kautsky, das große unabhängige Kirchenlicht, der seine Autorität in die Wagschale warf zugunsten der Entente. Dieselben Unabhängigen, die in jenen Tagen dem Konkretismus halfen, seine Waffen zu schmieden gegen die Revolution nach innen, dieselben Unabhängigen, die ihre Zustimmung gaben zu der ersten Werbung von Freiwilligen in Deutschland, dieselben Unabhängigen haben auch nach außen den Weg gewiesen zur „Verständigung" mit der Entente. Es steht fest, daß es Karl Kautsky war, der bereits in den Novembertagen dem Kabinett den Vorschlag machte, die Beziehungen zu Rußland nicht aufzunehmen, da man es sonst mit der Entente verderbe. Es sind die Unabhängigen gewesen, die mit den Abhängigen zusammen beschlossen, den Beschluß der Berliner A.- und S.-Räte zur Aufnahme der Beziehungen zu Rußland nicht auszuführen. Es steht fest, daß es die Unabhängigen gewesen sind, die beschlossen haben, die russischen Delegierten zum ersten Rätekongreß in Berlin an der Grenze mit Maschinengewehren empfangen zu lassen. Und Karl Kautsky ist es gewesen, der Buch um Buch schrieb, in dem er den Ebert-Scheidemann half, das deutsche Proletariat immer tiefer in den Schwindel vom „Verständigungsfrieden" zu verstricken. Jetzt zeigen sich die Folgen ihrer Tat."

Verkehrsschwierigkeiten im Ruhrrevier.

Essen. Die am 17. Mai zum ersten Male wieder aufgetretenen Fehlziffern in der Wagengestellung für den Kohlentransport haben sich in der Vorwoche weiter erhöht; am 24. Mai konnten 1300 Wagen nicht gestellt werden. Es wäre äußerst bedauerlich, wenn diese Verhältnisse sich noch weiter zuspitzen würden, so daß die nicht einmal für die Deckung unseres wirtschaftlichen Bedarfs ausreichende Förderung zu einem Teil auf Lager genommen werden müßte, anstatt den notleidenden Industrien und Betrieben zugeführt zu werden. Die Wagengestellung bewegte sich auch in der Vorwoche zwischen 15 500 und 16 000 Wagen. Die Kipperleistung in den Duisburg-Ruhrorter Häfen nahm an Umfang zu; am 23. Mai wurden 15 500 Wagen gekippt, das sind etwa 50 Proz. der Tagesleistung, wie sie in den Sommermonaten des Jahres 1918 erzielt wurde. Der Kanalversand betrug rund 25 000 Tonnen arbeitstäglich. Der verfügbare Leerraum im Kanal ist demzufolge wieder auf etwa 15 000 Tonnen zurückgegangen. Dagegen liegen vor Schleuse 7 noch zahlreiche Kähne beschäftigungslos, da der Versand nach dem Osten erst in den letzten Tagen in größerem Umfange freigegeben wurde. Um die Eisenbahn durch Zuhilfenahme des Wasserweges weitgehend zu entlasten, wird der Kanalversand nach Möglichkeit noch weiter verstärkt werden.

Die neue Verfassung Finnlands.

Wie die P. P. N. aus Stockholm erfahren, liegt nunmehr der Entwurf für die neue Verfassung Finnlands vor, der dem Landtag vorgelegt werden soll. Danach wird Finnland zur souveränen Republik ausgerufen werden, deren Präsident für die Dauer von 6 Jahren gewählt wird. Die gesetzgebende Gewalt wird gemeinsam vom Rigsdag und dem Präsidenten ausgeübt. In den Händen des Präsidenten liegt die oberste vollziehende Gewalt. Als nationale Sprachen werden das Finnische und das Schwedische gelten. Dem Präsidenten ist ein Vetorecht gegenüber gesetzlichen Maßnahmen eingeräumt. Ihm steht die Entscheidung über Krieg und Frieden, über den Abschluß von Verträgen mit den auswärtigen Mächten zu, wie er auch den Rigsdag auflösen kann. Nach dieser Verfassung dürfte der finnische Rigsdag kaum mehr Rechte haben, als die Duma zu Zeiten Stolypins. In schwedischen Kreisen glaubt man, daß dieser Verfassungsentwurf in seiner Gestaltung stark von General Mannerheim beeinflußt worden ist.

In den Vorstand des Reichsernährungsministeriums sind der Direktor des Physiologischen Instituts der Universität Berlin, Prof. Dr. Rubner und der Gewerkschaftssekretär Friedrich Baltrusch (an Stelle von Stegerwald) berufen worden.

Die Lage an der polnischen Front. Nach Meldungen vom Osten soll die Lage der Deutschen an der polnischen Front militärisch recht ungünstig sein.

China protestiert in der Schantungfrage. China hat ein Protesttelegramm an die Friedenskonferenz gerichtet, in der es gegen die Auslieferung Schantungs an Japan durch den Friedensvertrag protestiert und die Massen zu ergreifen droht.

Wir bitten

unsere Leser und Leserinnen, sich bei Einkäufen auf die Anzeigen in der Volksstimme zu berufen.

Die Geschichte zweier Städte.

(54) Roman von Charles Dickens.

„Nun wissen Sie lieber Manette," hub endlich Mr. Lorry an, seiner liebreichsten und schonendsten Weise fort, „ich bin ein bloßer Geschäftsmann und unfähig, solche verwickelte und schwierige Sachen zu beurteilen. Ich besitze nicht die dazu nötigen Kenntnisse und nicht die nötige Einsicht; ich bedarf des Rates. Es gibt keinen Mann in der Welt, bei dem ich auf guten Rat so sehr rechnen kann, wie bei Ihnen. Sagen Sie mir, wie kommt dieser Rückfall? Ist ein zweiter zu fürchten? Könnte eine Wiederholung verhindert werden? Wie ist ein neuer Rückfall zu behandeln? Was sind überhaupt die Ursachen eines solchen? Was kann ich für meinen Freund tun? Nie kann es jemanden mehr am Herzen gelegen haben, einem Freunde einen Dienst zu leisten, als jetzt mir; wenn ich nur wüßte — wie!" Aber bei einem solchen Falle tappe ich ganz im Dunkeln. Wenn mir Ihr Scharfblick, Ihre Kenntnis und Ihre Erfahrung den rechten Weg zeigen könnte, so könnte ich vielleicht viel tun, ohne Leitung und ohne Rat kann ich nur wenig tun. Bitte, sprechen Sie mit mir die Sache durch; bitte, setzen Sie mich in den Stand, ein wenig klarer zu sehen, und lehren Sie mich, ein wenig nützlicher zu sein."

Dr. Manette saß nachdenklich da, als diese eindringlichen Worte gesprochen wurden, und Mr. Lorry drängte ihn nicht.

„Ich halte es für wahrscheinlich," sagte der Doktor mit sichtlicher Anstrengung, „daß der von Ihnen, werter Freund, beschriebene Rückfall dem Betroffenen nicht ganz unvorhergesehen gekommen ist."

„Hat er ihn befürchtet?" — wagte Mr. Lorry zu fragen.

„Gar sehr." Er sagte dies mit einem unwillkürlichen Schauder. „Sie haben seinen Zustand, als schwer eine solche Beschreibung auf dem Gemüt des Betreffenden lastet, und wie schwer es ihm ist — ja fast unmöglich — sich zu zwingen — nur ein Wort über das, was ihn bedrückt, fallen zu lassen."

„Würde es ihn nicht sehr erleichtern," fragte Mr. Lorry, „wenn er es über sich gewinnen könnte, sich während dieses heimlichen Brütens jemandem anzuvertrauen?"

„Ich glaube wohl. Aber wie ich Ihnen schon sagte, es ist fast unmöglich. Ich glaube sogar, es ist in einigen Fällen ganz unmöglich."

„Sagen Sie mir," sagte Mr Lorry, indem er, nachdem beide eine kleine Weile geschwiegen hatten, wieder Ledrich die Hand auf den Arm des Doktors legte, „welcher Ursache würden Sie den Anfall zuschreiben?"

„Ich glaube," gab Dr. Manette zur Antwort, „die Ursache ist, daß der Gedankengang und die Erinnerung, durch die jene Krankheit zuerst entstanden ist, in ungewöhnlicher Weise wieder erweckt worden sind. Ich glaube, daß Rückerinnerungen von der schmerzlichsten Art mit größter Lebhaftigkeit wieder vor seine Seele getreten sind. Wahrscheinlich ist sein Gemüt schon seit langer Zeit von einer dunklen Furcht behaftet gewesen, daß diese Erinnerungen wieder wach werden würden — ich meine, unter gewissen Umständen, bei einer gewissen Veranlassung. Er hat versucht, sich darauf vorzubereiten, aber vergeblich; vielleicht hat ihn die Anstrengung, die er bei diesem Versuch gemacht hat, weniger befähigt, dem Anfall zu widerstehen."

„Ob er wohl weiß, was während des Rückfalls geschehen ist?" — fragte Mr. Lorry mit natürlichem Zögern.

Der Doktor sah sich ratlos im Zimmer um, schüttelte den Kopf und antwortete mit gedämpfter Stimme: „Durchaus nicht!"

„Was nun die Zukunft betrifft," fing Mr. Lorry an.

„Was die Zukunft betrifft," sagte der Doktor, die Fassung wieder gewinnend, „so habe ich große Hoffnung. Da es dem Himmel in seiner Barmherzigkeit gefallen hat, ihn in so kurzer Frist wieder herzustellen, so möchte ich die beste Hoffnung haben. Ich sollte meinen, daß das Schlimmste vorbei sei."

„Schön! Schön! Das ist guter Trost. Ich danke dem Himmel!" — sagte Mr Lorry.

„Ich danke dem Himmel!" — wiederholte der Doktor mit von Andacht durchdrungenem Tone.

„Noch über zwei andere Punkte möchte ich unterrichtet sein", sagte Mr. Lorry „Darf ich fortfahren?"

„Sie können Ihrem Freunde keinen besseren Dienst leisten." Der Doktor reichte ihm die Hand.

„Also der erste Punkt. Er liebt die Wissenschaften und ist von ungewöhnlicher Energie; mit großem Eifer widmet er sich der Erwerbung von Kenntnissen, dem Experimentieren und vielen andern Sachen. Sollte er darin vielleicht zuviel tun?"

„Ich glaube nicht. Es ist vielleicht gerade bei ihm das Charakteristische, beständig einer Beschäftigung zu bedürfen. Zum Teil ist es ihm vielleicht angeboren, zum Teil eine Folge des Seelenschmerzes. Je weniger er sich mit gewissen Dingen beschäftigte, desto größer war die Gefahr, in eine ungesunde Richtung einzulenken. Er hat es vielleicht selbst beobachtet und die Entdeckung gemacht."

„Sie sind überzeugt, daß er sich nicht zu sehr anstrengt?"

„Ich glaube dessen ganz gewiß zu sein."

„Lieber Manette, wenn er sich jetzt zu sehr anstrengte?"

„Lieber Lorry, ich bezweifle, daß dies leicht der Fall sein kann. Es ist ein heftiger Zug nach einer Richtung gewesen, und dieser bedarf eines Gegengewichtes."

„Entschuldigen Sie mich als zudringlichen Geschäftsmann. Nehmen wir für einen Augenblick an, daß er sich zu sehr anstrengte; würde eine Wiederkehr des Anfalls die Folge sein?"

„Ich glaube nicht . . . ich glaube nicht," sagte Dr. Manette mit der Entschiedenheit des Ueberzeugtseins. „Daß ihn etwas anderes als diese eine Reihe von Ideenverbindungen erneuern könnte. Ich glaube, daß ihn in Zukunft nur ein ganz ungewöhnliches Anschlagen dieser Saite erneuern kann. Nach dem, was geschehen ist, und nach seiner Genesung kann ich mir nur sehr schwer eine so heftige Berührung dieser Saite denken. Ich vermeide und glaube fest, daß die Umstände, unter denen der Anfall wieder kehren könnte, erschöpft sind."

Er sprach mit der Zurückhaltung eines Mannes, der genau weiß, welche Kleinigkeit den künstlichen Organismus unseres Geistes in Unordnung bringen kann, und doch mit der Zuversicht eines Mannes, der seine Ueberzeugung langsam durch persönliche Leiden gewonnen hat. Es kann es seinem Freunde nicht einfallen, diese Ueberzeugung zu erschüttern. Er hatte sich gerechtfertigt und ermutigt, als er in Wirklichkeit war, und kam jetzt auf den zweiten und letzten Punkt. Er fühlte, daß es der schwierigste von allen war. Aber indem er sich an seine alte Sonntagsvorlesungsunterredung und an alles, was er in den letzten wenigen Tagen gesehen erinnerte, fühlte er, daß er ihn in Anregung bringen mußte.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519190531-11/fragment/page=0003

Walhalla-Operetten-Theater.

Heute Sonnabend wegen Vorbereitung geschlossen.

Ab Sonntag, den 1. Juni: Gastspiel der altbeliebten **Fritz Steidl-Gesellschaft** mit dem Schlager des Berliner Apollo-Theater:

„Die Hochzeit des Maharadscha".

Grosse Ausstattungsschau in 6 Bildern v. Berg. Musik v. **Viktor Holländer**, unter persönlicher Anwesenheit d. Komponisten. In Szene gesetzt v. Direktor und Hauptdarsteller **Fritz Steidl.**

Grosses Ballett (20 Personen).

Kostüm-Ausstattung aus dem Atel. L. Verch, Berlin.

Sonntag 2 Vorstellungen

Nachmittags 3/4 4 und abends 7/8 8 Uhr.

Nachmittags kleine Preise Kinder halbe Preise.

Vorverkauf eröffnet. Kasse ab Sonntag 10 Uhr.

Stadt-Theater

Sonntag, den 1. Juni 1919, nachmittags 3½ Uhr: Fremdenvorstellung bei ermäßigten Preisen: **Die Rose von Stambul** Operette von Leo Fall.

Abends 7½, Ende 11 Uhr: **Wilhelm Tell** Schauspiel von Friedrich Schiller.

Montag, den 2. Juni 1919, Anfang 7½, Ende 10¼ Uhr: **Carmen** Oper von Bizet.

Dienstag: **Belinde.**

Bad Wittekind.

Sonntag, den 1. Juni 1919 früh 6½—8½ Uhr:

Früh-Konzert

und nachmittags 3½ Uhr:

Kur-Konzert

ausgeführt von der Kapelle des Füsil.-Regts. Nr. 36.

Leitung: Kapellmeister **Otto Haupt.**

Eintrittspreise: zum Frühkonzert für Erwachsene 40 Pfg. „ Kinder 30 „ zum Nachmittagskonzert für Erwachsene 60 Pfg. „ Kinder 40 „

Dauerkarten haben Gültigkeit.

U.T

Leipzigerstrasse Nr. 86 — Fernruf Nr. 1224

Eine junge Dame von Welt

Aufsehen erregendes, tiefbewegtes Drama in 5 Abteil. nach dem in der „Berliner Illustr. Zeitung" erschienenen Roman von **Fedor von Zobeltitz**

Hauptrollen: **Mady Christians, Heinrich Schroth.**

Vorführung: 3.00 4.30 6.40 9.00 Uhr.

Vexpi, wo bist Du?

Köstliches Lustspiel in 2 Akten.

Hauptrolle: **Curt Vespermann**

Vorführung: 4.00 6.10 8.20 Uhr.

Meßter-Woche Nr. 20.

Beginn 3 Uhr.

Alte Promenade Nr. 11a — Fernruf Nr. 3723

Viggo Larsen in dem enthüllungsvoll. Kriminalfilm

Argus X.

— 4 Abteilungen. —

Vorführung: 3.00 5.00 7.10 9.30 Uhr.

Penkert Paulmüller in dem dreiaktigen Schwank

„Der Onkel aus Hinterindien".

Vorführung: 4.00 6.10 8.20 Uhr.

Meßter-Woche Nr. 20.

Beginn 3 Uhr.

Die Abend-Vorstellungen beginnen 8.15 Uhr.

Apollo-Theater

Heute Sonnabend, abends 8 Uhr: **Abschiedsabend.** Zum letzten Male:

„Fliegentütenheinrichs Glück".

Morgen Sonntag, den 1. Juni, abends 8 Uhr:

Eröffnungs-Vorstellung des Metropoltheaters zu Köln.

Leiter: **Eugen Monson.**

Künstl. Leitung: Oberspielleiter **Walter Fischer-Achten.**

Am Dirigentenpult: Kapellmeister **Josef Beer.**

Harfe: **Irene Wiegand.**

Ab 1. Juni täglich, abends 8 Uhr:

„Wo die Lerche singt . . "

Operette in 3 Akten von Dr. Willner und H. Reichert.

Musik von Franz Lehár.

Irma Garmani . . **Frl. Emmy Sturm a. G.**

Spielleitung: **Heinz Wirneburg.**

Tänze einstudiert von Frl. Herti Janowitz.

Vorverkauf 9—1 und 5—½7, Sonntags ununterbrochen.

E. Kramers Konzerthaus

Delitzscher Strasse 2

Täglich Konzert

von erstklassiger Damenkapelle.

Orpheum

12 Steinweg 12.

Heute neues Programm.

Das Vermächtnis des Hauses Moore.

Detektiv-Sensation in 3 Akten.

Paul Heidemann

in dem köstlichen Lustspiel:

Paulchen Semmelmann's Flegeljahre.

!! Künstler-Kapelle !!

Schützen- u. Volksfest Delitzsch.

Unser diesjähriges Fest findet vom 1. Feiertag bis Pfingstmittwoch, den 11. Juni, statt. Für vielseitige Belustigungen und Ausstellungen ist gesorgt. 3702

Schützengilde Delitzsch.

Peißnitz.

Morgen Sonntag: Früh-, Nachmittags- und Abend-

Konzerte

ausgeführt vom Seifert-Orchester. 3498

Im Saale ab 3½ Uhr:

Ball-Musik.

Naumburg.

Sozialdemokratischer Verein

Montag, den 2. Juni, abends ½8 Uhr, im Preußischen Hof

Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung:

1. Was erwarten wir vom Parteitag
   Ref.: Genosse **Drescher, Halle.**
2. Vereinsangelegenheiten.

Zahlreichen Besuch der Mitglieder erwartet

3703 **Der Vorstand.**

Thalia-Säle

Sonnabend u. Sonntag 6 und 9 Uhr letztes Auftreten der Filmkönigin

Lya Mara

Tanzt als Lieblingsfrau des Maharadscha u. Schleiertanz.

Abfahrt Montag 9 Uhr vormittag vom Hauptbahnhof Halle.

Alle „Lya Mara"-Verehrer werden gebeten, schon ¼9 Uhr am Bahnhof zu sein.

Zoo.

Sonntag, den 1. Juni 1919

Billiger Sonntag

Vormittags 11½ Uhr

Matinee-Konzert

vom Buchdrucker-Orchester.

Leitung: Dirigent **Hermann Kuschel.**

Nachmittags 3½ Uhr

Nachmittags-Konzert

vom Seifert-Orchester.

Leitung: Musikdirektor **Richard Seifert,**

Abends 7½ Uhr

Militär-Konzert

von der Kapelle des Füs.-Regts. Nr. 36.

Leitung: Kapellmeister **Otto Haupt.**

Eintrittspreise den ganzen Tag über für Erwachsene 75 Pfg. für Kinder 40 Pfg

Bei ungünstigem Wetter finden die Konzerte im Saale statt.

Frauen-Ausschuß der Deutsch-Demokratischen Partei.

Mozartsaal: Montag, den 2. Juni, abends 8½ Uhr

Vortrag von Herrn **Professor Frischeisen-Köhler** über

3685

Demokratie und Räterepublik.

Männer und Frauen sind herzlich eingeladen.

Buchhandlung Volksstimme

Große Ulrichstraße 27.

Soeben eingetroffen:

Neue Zeit, Heft 2.
Monatshefte, Heft 11/12.
Kommunale Praxis, Nr. 20.
In Freien Stunden, Nr. 34.
Wahre Jacob, Nr. 11.

Traxdorf's Tanz-Lehranstalt

Goldener Hirsch

Leipzigerstraße 63. Fernsprecher 5083.

Ein neuer Kursus für Anfänger beginnt

am 12. Juni 1919, 8 Uhr abends.

Gründliche Ausbildung in allen modernen Tänzen:

Fox-Trott

Kontre und Quadrille à la cour sowie in Körperanmut und gutem Benehmen.

Albert Nicolaus und Frau.

Lehrer der Tanzkunst, Mitglied des Bundes deutscher Tanzlehrer.

Brennholz.

Louis Deparade,

Trockenes Buchenholz ofenfertig vorrätig. A 18 Holzhandlung, Mansfeldersr. 41.

Kammer-Lichtspiele

Grosse Steinstr. 24

Ab Freitag:

Ellen Richter-Film.

Das Tagebuch der Collins.

Kriminal-Tragödie in 4 Akten.

Eine tolle Film-Burleske:

Verlobt für eine Nacht

Zwergfellerschütternd.

Anfang 4 Uhr. :: Sonntags 3 Uhr.

— Fernsprecher 2752. —

:: Begleitmusik durch ein Ia.-Trio. ::

Das Wirtschaftsgeld

ist heute die größte Sorge jeder Hausfrau. Darum Umschau halten, wo etwas herauszuschlagen ist. Ich zahle für

Drg. Wirtschaftskupen	Kilo 20-30 Pfg.	Wall Strumpfabfälle	Kilo 2,00 M.
Knochen	Kilo 12 „	Schafwolle	„ 4-6 „
Sackzeug	„ 12 „	Reinlichabfälle	„ 2,00 „
Papierabfälle	„ 8 „	Kaninchenfelle, trock. u. gesp.	„ 0,00 „
Bücher, Zeitungen	„ 16 „	Messing	„ 1,00 „
Schmiedeeisen	„ 5 „	Kupfer	„ 1,50 „
Maschinenöl	„ 10 „	Blei und Zink	„ 2,50 „
Ofenruß	„ 6 „		„ 0,50 „

Händler erhalten Extra-Preise!

Wilhelmine Theuring,

Neue Promenade 9, Fernsprecher 5659.

Auf Wunsch kostenlose Abholung.

Jeder Posten, der mit 10 Kilo Waren außer Papier, Eisen, Knochen und Zeugsack mitbringt, erhält 1 Mark extra.

Hamsterfelle, Maulwurfsfelle

kaufen zu Höchstpreisen

Gebr. Danglowitz,

Fellhandlung, Fischerplatz 2.

Werkzeugmaschinen

und Werkzeuge aller Art kauft stets zu höchsten Preisen

Ernst Karius, Sr.,
Inh. Theodor Schaub,
Gerberstr. 2. Tel. 128.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519190531-11/fragment/page=0004

Beilage zur Volksstimme.

Nr. 121. Halle, Sonnabend, den 31. Mai 1919. 3. Jahrgang.

Die Kriegsschuldfrage.

Durch die Friedensbedingungen der Entente ist die Frage der Kriegsschuld neuerdings in ein akutes Stadium getreten. Die Entente verlangt von Deutschland, daß es sich zur alleinigen Schuld am Kriege bekenne und sich selber für alle Schäden, die aus ihm entstanden sind, haftbar erkläre.

Graf Brockdorff-Rantzau hat in seiner Erklärung vom 7. Mai in Versailles gesagt, das Bekenntnis der alleinigen Kriegsschuld Deutschlands würde in seinem Munde eine Lüge sein. Man kann, wie hart man auch über die einstigen Machthaber Deutschlands urteilen mag, sich diesem Ausspruch nur anschließen. Wie groß auch die Schuld Wilhelms und seiner Ratgeber sei, eine abgrundtiefe Heuchelei ist es, wenn sich die Regierungen der siegreichen Raubstaaten jetzt als die Unschuldslämmer aufspielen, die vom deutschen Wolf überfallen worden seien.

Deutschlands große Schuld besteht allerdings darin, daß es einen so tollen Menschen wie Wilhelm II. jahrzehntelang an seiner Spitze schalten und walten ließ.

Die Angst vor dem drohenden Weltkrieg hat Wilhelm und seine Leute zu tollen Entschlüssen getrieben, damit aber ist noch nicht gesagt, daß diese Angst nicht begründet war. Der imperialistische Ausdehnungsdrang Englands, Frankreichs und des zaristischen Rußlands war sichtlich nicht bloß eine Wahnvorstellung, sondern eine sehr reale Tatsache, und daß diese Mächte in Verfolgung ihrer Pläne vor Gewalt nicht zurückschreckten, hatte das Vorgehen Englands gegen die Buren, Frankreichs gegen Marokko, Rußland im fernen Osten bewiesen. Ebensowenig konnte es kein Geheimnis sein, daß die Kraft der Entente damals gemeinsam nach innen, auf die mitteleuropäische Linie drängte, und danach trachtete, die Verbindungslinie einer wirtschaftlichen, friedlichen Ausdehnung Deutschlands, die Linie Hamburg—Bagdad an den verlegbaren Punkten zu sprengen. Diese „Einkreisung" war wirklich mehr als ein bloßes Angstkrauen.

Konnte aber an den Beuteabsichten der Entente noch ein Zweifel bestehen, so ist er durch ihr Verhalten während des Krieges entkräftet worden. Eine ganze Kette von Geheimverträgen wurde enthüllt, in denen sich die Mächte gegenseitig die größten territorialen Versprechungen zusagten. In diesen Geheimverträgen wurde u. a. Rußland Konstantinopel zuerkannt und Fiume den Italienern. Für diese Raubabsichten mußte ein moralisches Mäntelchen gefunden werden, es wurde gesucht und gefunden in der angeblichen alleinigen Kriegsschuld Deutschlands und seiner Verbündeten.

Das Verhalten der deutschen Machthaber von 1914 war unverantwortlich und geradezu toll. Sie haben für ihre groteske Unfähigkeit gebüßt, indem sie Krone und Szepter verloren, und die Weltgeschichte wird dieses gerechte Urteil niemals revidieren. Aber trotzdem — das Bekenntnis zu Deutschlands alleiniger Kriegsschuld würde in unserem Munde eine Lüge sein. Mitschuldige des großen Weltenbrandes, soweit eine solche Katastrophe auf persönliche Schuld zurückzuführen ist, sitzen in allen Hauptstädten Europas und nicht mit allen ist das Geschick so gerade verfahren, wie mit den armen Schächern von Petersburg, Berlin und Wien. Im übrigen ist nun bewiesen, daß der Sieger noch immer jede Macht hat, um sich vor der Welt im Mantel der Tugend zu brüsten. Jetzt verlangt er von uns, daß wir vor ihm auf die Knie sinken, seine Unschuld anbeten und die grausame Buße, die er uns auferlegen will, als gerechte Strafe anerkennen wollen. Aber nein, das tun wir nicht!

Preußische Landesversammlung.

Berlin, 30. Mai. Am Ministertisch: Hirsch, Dr. Südekum u. a.

Vizepräsident Dr. **Frentzel** eröffnet die Sitzung um 12 Uhr 25 Min. Eine deutschnationale Anfrage beschäftigt sich mit einem **Aufruf des Obersten Polnischen Volksrats** in Posen, der preußische Staatsbürger in den von der Abtrennung bedrohten Gebieten der Ostmark vor Ungehorsam warnt und Bestrafung nach Kriegsrecht androht.

Ministerialdirektor **Meißner**: Es handelt sich um einen unerhörten Uebergriff. Die Regierung behält sich alles Erforderliche vor.

Ein Gesuch um Genehmigung der Strafverfolgung des Abgeordneten Windau (U. S.) wird abgelehnt, ein Gesuch um Genehmigung der Strafverfolgung des Abgeordneten Kalinowski (Soz.) an den Ausschuß zurückverwiesen.

Es folgt eine Anfrage der Abg. **Reineke** und Genossen betreffend den verstärkten **Schutz vor räuberischen Ueberfällen auf dem Lande.**

Unterstaatssekretär Dr. **Meyer**: Die Regierung ist sorgfältig darauf bedacht, den Schutz auf dem Lande zu verstärken, und zwar mit großer Beschleunigung.

Abg. Paul **Hoffmann** (U. S.) mißt einen Teil der Schuld den Behörden selbst bei, ebenso den Regierungstruppen.

Abg. **Stendel** (D. Vpt.) spricht unter großem Lärm der Unabhängigen von plündernden Arbeiterhorden. Seitdem militärische Hilfe eingriff, haben die Plünderungen aufgehört.

Unterstaatssekretär Dr. **Meyer**: Der Ausdruck „Arbeiterhorden" in Zusammenhang mit Plünderern ist ein Widerspruch in sich. Wer plündert, ist kein Arbeiter, sondern ein Verbrecher.

Abg. **Klaußner** (U. S.): Es handelt sich zum Teil auch nur um ein Vorgehen gegen die Lebensmittelhinterziehung der Landwirte. Die Einwohnerwehren verwerfen wir.

Abg. **Meyer**-Rheine (Soz.): Wir sind natürlich für Maßnahmen gegen die Plünderungen.

Abg. **Lichtenstein** (U. S.): In Oberschlesien haben sich die Arbeiterräte im Kampfe gegen das Räuberwesen vorzüglich bewährt.

Es folgen förmliche Anfragen über die **Verbesserung des** [illegible] **und die Neuordnung des Knappschaftswesens.**

Abg. **Rauschenberg** (Soz.): Es müssen baldigst freigewählte, vom Staate besoldete Arbeiterkontrolleure angestellt werden. Das Alter der jugendlichen Arbeiter im Bergbau muß heraufgesetzt werden. Auch ist der baldige Abschluß von Tarifverträgen erforderlich. Die Frauenarbeit auf den Gruben sollte man ganz verbieten. Die Renten der Knappschafts-Invaliden und Knappschafts-Witwen bedürfen unbedingt der Erhöhung.

Abg. **Jörgiebel** (Soz.) weist insbesondere auf die kriegsgerichtliche Aburteilung von Bergarbeitern im Saargebiet hin, ferner auf die Abschiebungen vieler Bergleute nach dem rechten Rheinufer. Was wird die Regierung zum Schutz dieser Arbeiter und ihrer Familien tun?

Handelsminister **Fischbeck**: Die Berggesetzgebung soll nach dem Verfassungsentwurf auf das Reich übergehen. Ueber die Neugestaltung des Knappschaftswesens finden schon Besprechungen statt. Soweit wir den abgeschobenen Bergarbeitern helfen konnten, ist es geschehen.

Abg. **Steger** (Ztr.): In vielen Knappschaftsvereinen sind 60 bis 80 Prozent der Mitglieder krank. Dieser traurige Zustand macht eine schleunige Verbesserung des Bergarbeiterschutzes dringend notwendig.

Die Fortsetzung der Aussprache wird vertagt. Ein Gesuch um Genehmigung zur Strafverfolgung des Abgeordneten Pargmann wird abgelehnt.

Nächste Sitzung: Sonnabend, den 31. Mai, mittag 12 Uhr: förmliche Anfragen und Anträge. Schluß 5¼ Uhr.

Halle und Saalkreis.

Halle, 31. Mai 1919.

Vorstand und Funktionäre, Stadtverordnetenfraktion und Presse

werden zu einer dringenden Sitzung am Dienstag abend 7½ Uhr im Gewerkschaftshaus eingeladen.

Der Vorstand.

Neuwahl unbesoldeter Magistratsmitglieder.

Der Gemeindeausschuß der Preußischen Landesversammlung hat Mittwoch beschlossen, die Regierung zu ersuchen, möglichst bald ein Notgesetz vorzulegen, nach dem die unbesoldeten Magistratsmitglieder und Gemeindevorstände sich einer Neuwahl zu unterziehen haben. Die Regierung hat erklärt, in diesem Sinne mit aller Beschleunigung ein Gesetz vorzulegen. Ein weitergehender Antrag, auch zugleich Neuwahlen für besoldete Magistratsmitglieder und Gemeindevorstände anzuberaumen, wurde mit geringer Mehrheit abgelehnt, da Ende des Jahres eine neue Gemeindeverfassung vorgelegt werden solle.

Neuregelung der Bestimmungen über den Verbrauch von Pferdefleisch.

Die Mitteilungen aus dem Reichsernährungsamt schreiben: Die gegenwärtigen Zustände im Handel mit Pferdefleisch haben den Reichsernährungsminister veranlaßt, eine neue Verordnung über den Verbrauch von Pferdefleisch und gleichzeitig damit über Ersatzwurst zu erlassen, die mit Wirkung vom 1. Juli 1919 ab in Kraft tritt. In dieser Verordnung werden für Fleisch von Schlachtpferden Richtpreise reichsrechtlich festgelegt, während die weitere Regelung, insbesondere die über den Kleinverkauf und die Preise bei Abgabe an den Verbraucher, den Landeszentralbehörden und den Kommunalverbänden überlassen worden ist. Die Schlachtung der Pferde selbst soll in Zukunft nur durch die Kommunalverbände erfolgen, welche ihrerseits Schlächter oder Schlächtervereinigungen heranziehen können. Hinsichtlich der Herstellung von Wurst soll in Zukunft nur noch Frischwurst aus Pferdefleisch hergestellt werden dürfen, und zwar auch nur durch die Kommunalverbände oder unter deren Aufsicht. Dagegen ist die Herstellung von Dauerwurst, sonstigen Dauerwaren und Konserven aller Art aus Pferdefleisch verboten. Da die unter der Bezeichnung Geflügel-, Ziegen-, Kaninchen- usw. Wurst angebotene Ware in vielen Fällen aus Pferdefleisch besteht oder solches enthält und das Fehlen eines Höchstpreises für solche Wurst einen erhöhten Anreiz zur Verwendung von Pferdefleisch bietet, wird der Verkauf dieser Ersatzwurst zu höherem als dem für Pferdewurst festgesetzten Preise nur in den von den Gemeinden oder Kommunalverbänden bestimmten Verkaufsstellen gestattet.

Die Zuwiderhandlungen werden mit den bisher bestehenden Strafbestimmungen bedroht. Als besonderes Mittel, dem unerlaubten Pferdefleischhandel zu begegnen, wird den Landeszentralbehörden oder den von ihnen bestimmten Stellen die Befugnis zugesprochen, das gegen die erlassenen Bestimmungen gehandelte oder hergestellte Pferdefleisch ohne Entschädigung als dem Kommunalverband verfallen zu erklären.

Die Vorschriften über Pferdefleisch werden auch in der neuen Verordnung auf die Herstellung von Fleischwaren aus Esel-, Maulesel- und Maultierfleisch anwendbar erklärt.

Der Meldezwang der Arbeitgeber für offene Stellen.

Der Magistrat schreibt uns:

Der Demobilmachungsausschuß für den Stadtkreis Halle hat sich durch die Lage der Verhältnisse gezwungen gesehen, durch eine besondere Verordnung die Arbeitsvermittlung (Meldezwang der Arbeitgeber) einschließlich der Aufsicht über die gewerbsmäßige Stellenvermittlung für die Zeit der Uebergangswirtschaft zu regeln. Diese Regelung erfolgt, um in Ausführung der Verordnung über die Freimachung von Dienststellen vom 28. März 1919 mit dem Zwecke zu verhüten, daß die freien Stellen durch Bewerber besetzt werden, die nach dem Inhalte der Reichsverordnung einen Anspruch auf Versorgung mit dieser Stelle nicht haben. Es handelt sich vor allem darum, daß für den hiesigen Arbeitsmarkt Personen ausgeschaltet werden, die hier ein Heimatsrecht nicht besitzen, ihren früheren Berufen, insbesondere dem Bergbau und der Landwirtschaft zugeführt werden müssen oder die wegen ihrer Vermögenslage ein Anrecht auf entgeltliche Beschäftigung während der wirtschaftlichen Demobilmachung nicht haben.

Andere Städte sind in gleicher Weise seit längerer Zeit vorgegangen, haben insbesondere außerordentlich scharfe, in das Wirtschaftsleben tief einschneidende Maßnahmen, welche bisher hier vermieden worden sind, ergriffen, wie:

die gänzliche Aufhebung jeglicher gewerbsmäßiger Stellenvermittlung, Verbot der Aufnahme von Anzeigen aus dem Arbeitsmarkt, Entlassungspflicht sämtlicher Arbeiter und Angestellten, die erst seit dem Kriege ortsangesessen sind oder vor dem Kriege der Landwirtschaft oder dem Bergbau angehörten oder auf Erwerb nicht angewiesen sind.

Wenn der Demobilmachungsausschuß von schärferen Maßnahmen auch weiter zunächst absieht, so geschieht es in der Erwartung, daß es hierdurch und durch direkte Verhandlungen mit den beteiligten Arbeitgebern erreicht wird, die Zahl der Erwerbslosen zu vermindern.

Ausdrücklich hervorgehoben sei, daß die Anordnung sich auch auf die Behörden am Ort bezieht.

Zu dem Raubanfall an der Volkmannstraße

wird mitgeteilt, daß für die Ermittelung des Täters, die bisher nicht gelungen ist, eine größere Belohnung in Aussicht steht. Nach Lage der Sache muß angenommen werden, daß der Täter bei der Eisenbahn beschäftigt ist oder war, oder daß ein „Eisenbahner" Mitwisser ist oder wenigstens von dem Räuber über die Handhabung der Heranschaffung des Arbeitslohnes nach der Betriebswerkstatt ausgehorcht worden ist. Nach der Tat ist der Räuber auf dem Rade eilig die Volkmannstraße entlang gefahren und dann nach der Wahrnehmung eines Zeugen, in die Berliner Straße nach der Gr. Steinstraße eingebogen. Sein weiterer Verbleib ist nicht beobachtet worden. Die Verletzten sind außer Lebensgefahr.

Zweckdienliche Angaben sind an die Kriminalpolizei, Zimmer 36 oder 73, zu richten.

Geldschrankdiebe. In der Nacht zum Himmelfahrtstage haben Geldschrankdiebe das Geschäft der Firma Bunge und Corte, Kirchnerstraße 2, heimgesucht. Aus einem mit „Knabber" erbrochenen Geldschrank ist ein größerer Geldbetrag in bar und Wertpapiere gestohlen worden. Unter dem entwendeten Geld befanden sich auch 5 Silberkronen und 5 Zwanzigkronenscheine. Außerdem sind den Dieben über 100 Zigarren verschiedener Marken in die Hände gefallen. Am Tatort ist ein weißes Taschentuch mit den aufgenähten Buchstaben R. H. (in rot) zurückgelassen worden. Der Geschädigte hat für die Ermittelung des Täters eine Belohnung von 100 Mark und für die Herbeischaffung des gestohlenen Gutes 10 Prozent des wiedererlangten ausgesetzt. Wer Angaben machen kann, wird gebeten, sich bei der Kriminalpolizei, Zimmer 36, zu melden.

* **Eine Erhöhung des Preises des elektrischen Stromes** ist bekanntlich von der letzten Stadtverordnetenversammlung beschlossen worden. Unter den gegebenen Umständen ist eine weitere Erhöhung der Strompreise und Gebühren unumgänglich notwendig, und zwar im allgemeinen um die gleichen Beträge wie bei der letzten Aenderung.

Nach den nunmehr gefaßten Beschlüssen erhöhen sich die Strompreise um 5 v. H., die Jahresgebühren um je 60 Pf. für jede volle Mark, um die sich eine Tonne Kohle teurer stellt als 11 Mk. Geht der Kohlenpreis zurück, so erniedrigen sich die Strompreise und Gebühren in demselben Verhältnis. Für das laufende Vierteljahr gilt stets der durchschnittliche Kohlenpreis des vorausgegangenen Vierteljahrs. Für das erste Vierteljahr 1919 ergibt sich ein durchschnittlicher Kohlenpreis von etwa 15,70 Mk. Die Zuschläge, die hiernach zu erheben sind, ergeben für das zweite Vierteljahr folgende Strompreise und Gebühren: 36 Pf. für die KW.-St. Lichtstrom (§ 4, I), 18 Pf. für die KW.-St. Kraftstrom, 60 Pf. für die KW.-St. Lichtstrom (§ 4, II), 15,40 M. Jahresgebühr für jede sechzehnkerzige Lampe in selbsttätigen Treppenbeleuchtungsanlagen, 21,60 Mk. Jahresgebühr für jede Lampe in Pauschalanlagen.

Dieses neue System verhindert, daß nicht immer in so kurzen Zwischenräumen wie bisher eine Aenderung des Strompreises vorgenommen werden muß.

* **Der Bauausschuß der Stadtverordnetenversammlung** tagte am 27. Mai. Vom Magistrat wurde ein Entwurf vorgelegt über die sofortige Ausführung einer Kanalisation in der Artilleriestraße. Es handelt sich um das für Kleinwohnungsbauten vorgesehene Terrain zwischen Merseburger Straße und Beesener Weg. Ist genehmigt mit der Begründung, daß durch die baldige Inangriffnahme der Kleinwohnungsbau von dieser Seite dann keine Verzögerung erleidet. Weiter wurde der Erwerb von 60 Quadratmeter Bodenfläche auf der Ecke von Mühlweg und Burgstraße gegenüber Cafe Dietze besprochen. Diese Fläche ist nötig, um die Straßenbahn doppelgleisig von der Burgstraße in den Mühlweg überführen zu können; sie bildet die Ecke, die vom Grundstück abgeschnitten werden muß, um die Kurven zu ermöglichen. Genehmigt, da eine Einigung mit dem Besitzer auf sehr günstiger Preislage in Aussicht.

* **Erweiterung der Chirurgischen Klinik unserer Universität infolge einer Schenkung der Stadt Halle.** Die chirurgische Universitätsklinik in der Magdeburger Straße ist in diesen Tagen durch Eröffnung zweier neuer großer Krankenabteilungen erheblich bereichert worden. In den vor einigen Jahren errichteten, die Krankensäle enthaltenden Flügelbauten wurden in den letzten Monaten große noch bestehende Dachgeschosse ausgebaut und soeben dem Betrieb übergeben; die mit praktischen Nebenräumen und allen Mitteln moderner Krankenhaushygiene ausgestatteten Stationen sind durch die Universitätsbauverwaltung trotz aller Bauschwierigkeiten der Kriegszeit in höchst geschmackvoller Weise hergestellt. Sie dienen durchweg der Aufnahme ärmerer Kranker sowie der Aufnahme von Kassenpatienten aus Halle und Umgebung und entsprechen bei dem großen Krankenandrang einem dringend gewordenen Bedürfnis. Die Staatsbehörden hatten zur Durchführung des Planes ihre Genehmigung erteilt.

Milchlieferung vor den Festen. Es ist wiederholt darüber geklagt worden, daß die Milchlieferung vom Lande in die Städte und an die Molkereien in der Woche vor den großen Festen auffallend nachlasse. Tatsächlich ist es auch in diesem Jahre vor dem Osterfeste in einzelnen Bedarfsgebieten dahin gekommen, daß Kranke, Schwächliche, hoffende Mütter und Säuglinge nicht mit der erforderlichen Milchmenge versorgt werden konnten und daß andererseits in den Städten gerade in der Osterzeit zu einem erheblichen Prozentsatz Margarine oder andere Fettersatzstoffe verteilt werden mußten. Den Grund hierzu erblickt der darbende Städter darin, daß manche landwirtschaftliche Betriebe unter Verkennung der schwierigen Versorgung unserer Großstädte und Industriezentren die Milch und das Fett verbotswidrig zurückhalten, um Kuchen zu backen und andere nur noch der Landwirtschaft zur Verfügung stehende Gerichte herzustellen. Hier ist strikte zu verlangen, daß die Landwirte auch vor dem Feste ihren Lieferungspflichten nachkommen.

Umsatzsteuer. Die Gewerbetreibenden, die ihre Umsatzsteuer für 1. August bis 31. Dezember 1918 noch nicht bezahlt haben, wollen dieselbe schleunigst an die Kasse des hiesigen Umsatzsteueramtes, Rathausstr. 17, I, Zimmer 3, wochentags von 9—12 Uhr geöffnet, abführen, da sonst zwangsweise Einziehung zu gewärtigen ist. Ebenso werden diejenigen, die ihre Umsatzsteuer-Erklärungen noch nicht abgegeben haben, zur umgehenden Einreichung derselben aufgefordert.

* **Die Paßbestimmungen** bringt eine ministerielle Verordnung erneut zur Kenntnis, in der auf vorschriftsmäßiges Benehmen bei Auslandsreisen hingewiesen wird und die Strafen verzeichnet sind, die für Uebertretungen angesetzt sind. Im allgemeinen wendet sich die Verordnung gegen Verfehlungen, die ja in Berlin jetzt an der Tagesordnung sind.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519190531-11/fragment/page=0005

Lohnbewegung der Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen in Halle.

Eine stark besuchte Versammlung der Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen nahm Stellung zu den vorgeschlagenen Zulagen der Prinzipale. Zu ziemlicher erregter Aussprache kam es nach dem Bericht der Lohnkommission. Die Versammelten erklärten sich bereit mit allen gesetzlichen Mitteln ihre Forderungen durchzusetzen. Folgende Entschließung fand einstimmig Annahme: „Die am Freitag, den 30. Mai im Riebeck-Bräu stattgefundene, stark besuchte Versammlung der Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen erwartet von den Arbeitgebern des Buchdruckereigewerbes bestimmt, daß die Zulagen in Zeitungsbetrieben restlos bewilligt werden und den Forderungen des weibl. Hilfspersonals (Anlegerinnen, Falzerinnen usw.) weiter entgegengekommen wird, als die Kommission berichtet hat, denn die Teuerungsverhältnisse sind sehr hohe und werden sich in Zukunft noch fühlbarer machen. Deshalb appellieren die Versammelten an die soziale Einsicht der Prinzipale diesem Ersuchen Rechnung tragen zu wollen, um auch fernerhin den Frieden im Gewerbe zu erhalten."

---

* **Sozialistische Studentengruppe.** Mit dem 1. Juni heben wir, da die Organisation der Gruppe vollendet ist, die ständige Geschäftsstelle im Gewerkschaftshause auf. Die Adresse der Gruppe ist: Leipziger Straße 11, III (Sprechzeit 2—4 nachm.) Die Mittwoch-Abende finden nach wie vor im Gewerkschaftshaus statt.

* **Fleckfiebergefahr** künden Plakate des Magistrats an den Anschlagsäulen. Der Magistrat weist auf die große Ansteckungsgefahr hin, da die Bazillen der in der Umgegend bereits verbreiteten Krankheit, besonders durch Läuse übertragen würden und bringt der Einwohnerschaft die städtische Entlausungsanstalt in Erinnerung.

* **Das Vermieten von Wohnräumen** (so erinnert eine städt. Verordnung) ist nur mit Zustimmung des Mieteinigungsamtes erlaubt. Auch ist den Vertretern dieses Amtes die Besichtigung der betr. Räume zu gestatten und Verträge vorzulegen. Zuwiderhandlungen finden strenge Bestrafung.

Beamtenhochschulkurse. Die Kurse haben am 26. d. M. begonnen. An ihnen beteiligen sich 430 Beamte, Hilfsbeamte und Anwärter der Reichs-, Staats- und Gemeindebehörden. Als Dozenten wirken die Herren Prof. Dr. Waentig, Prof. Dr. Joerges, Prof. Dr. Bremer, Dr. Herbst und Diplom-Handelslehrer Flamm. Die Sommer-Kurse sollen nur kurze Einführungen bieten, damit im Winterhalbjahr ausgewählte Gebiete eingehender behandelt werden können. Jeden Freitag, abends 8 Uhr 30 Minuten findet im Koburger Hofbräu, Kaulenberg, ein Aussprachеabend der Teilnehmer statt.

***Die Kapelle des Artillerie-Regiments Nr. 75 ist in ihrer** bisherigen Stärke geschlossen von der 3. Abt. 1. Regt. des Freiwilligen Landesjägerkorps übernommen worden.

* **Schwurgericht.** Halle, den 28. Mai 1919. Nicht weniger als acht Angeklagte hatten sich heute vor den Geschworenen zu verantworten, alle acht sollen sich an den „Plünderungen" beteiligt haben. Die erste Sache bot ein seltsames Bild von Freundschaft. Der Schmied Meinhardt hatte aus den Geschäften von Aßmann und Endepols & Dunker für ca. 6000 M. Waren nach Hause geschafft und dann nach Passendorf in Sicherheit gebracht. Er erzählte dies seinem Freunde B. und dieser verabredete mit ihm, er wolle einen Teil der Schuld auf sich nehmen. B. ist mehrfach verwundet gewesen und leidet an hysterischen Nervenzuckungen. Im Gefängnis soll sich sein Leiden verschlimmert haben, und als M. dies erfuhr, widerrief er seine Angaben in Bezug auf B. Auch heute blieb er dabei, daß er nicht mit B. zusammen gewesen sei, als er die Sachen holte. Bei B. ist auch absolut nichts gefunden worden. Der Staatsanwalt suchte das sinkende Schiff der Anklage gegen B. zu retten, aber es gelang ihm nicht, die Geschworenen verneinten bei B. sämtliche Schuldfragen. B. wurde freigesprochen, aber der junge, fast unbestrafte M. bekam für seinen Leichtsinn 2½ Jahre Zuchthaus. In der nächsten Sache waren des schweren Landfriedensbruchs beschuldigt: der Steinsetzer Lenz, sein Sohn Otto, seine Tochter Ida, und die Braut des Otto L., Gertrud Wetzestein. Sie alle sind geständig, aus der Honigkuchenfabrik David am 2. März Mehl und Zwiebäcke geholt zu haben. Vater L. hatte in der Ulrichstraße ein Paket mit zwei Hosen und zwei Jacketts gefunden, nach Hause gebracht und erzählt, bei David wäre was los, darauf ist die ganze angeklagte Familie losgezogen. Alle wurden des schweren Landfriedensbruchs schuldig befunden. Das Urteil lautete: Julius L. 2 Jahre 6 Monate, Otto L. 1 Jahr 9 Monate, Ida L. 1 Jahr 6 Monate, Gertrud W. 1 Jahr Gefängnis. Die Differenz des Strafmaßes bei den beiden Mädchen wird damit begründet, daß Ida L. mit einem Tag Gefängnis (!) wegen Hehlerei vorbestraft ist. Für den einen Tag Gefängnis jetzt sechs Monate mehr, das zieht und paßte den Herren Richtern so!

Stadttheater. Heute, Sonnabend, abends 7½ Uhr, gelangt die Oper „Martha" zur Aufführung. Sonntag, nachmittags 3½ Uhr, Fremdenvorstellung bei ermäßigten Preisen „Die Rose von Stambul", abends 7½ Uhr, in neuer Einstudierung „Wilhelm Tell", Schauspiel von Friedrich Schiller. Montag „Carmen". Dienstag „Belinde". Mittwoch „Martha". Donnerstag, anfang 7 Uhr, „Lohengrin". Freitag „Wilhelm Tell". Sonnabend „Der Barbier von Sevilla". Der Spielplan für die Pfingstfeiertage lautet wie folgt: Sonntag, den 8. Juni, nachmittags 3½ Uhr, Volksvorstellung „Johannisfeuer", abends 7½ Uhr, „Der Zigeunerbaron". Montag, den 9. Juni, nachmittags, „Die Rose von Stambul", abends „Martha".

Walhalla-Operetten-Theater. Sonntag, nachmittags 3½ Uhr und abends 7½ Uhr, finden 2 Vorstellungen statt. In beiden Vorstellungen gelangt zur Ausführung „Die Hochzeit des Maharadscha". Unter persönlicher Leitung des Komponisten Viktor Holländer. Nachmittag kleine Preise, Kinder halbe Preise.

Apollo-Theater. Heute, abends 8 Uhr, verabschiedet sich Paul Beckers mit seinem „Fliegentütenheinrich" vom hiesigen Publikum. Es wird nochmals auf das morgen, Sonntag, den 1. Juni, beginnende Gastspiel des Operetten-Ensembles vom Metropoltheater zu Köln aufmerksam gemacht. Zur Aufführung gelangt Franz Lehars reizende Operette „Wo die Lerche singt . . ." mit der Operettendiva Frl. Emmy Sturm als Gast in der weiblichen Hauptrolle. Der Vorverkauf ist Sonntags im Theaterbureau ununterbrochen geöffnet.

* **Ein äußerst beachtenswertes Programm** bringen diese Woche die Kammerlichtspiele auf die Leinewand. Collins Tagebuch, eine Tragödie in 4 Akten steht weit über dem Durchschnittsfilm und bringt eine angenehme Abwechselung in die Reihe der jetzt so beliebten Sittenfilme. „Verlobt für eine Nacht", eine Filmburleske. „Meine Frau hat Mut", ein Lustspiel und eine herrliche Naturaufnahme ergänzen die Spielfolge. Außer erstklassigem Programm und tadelloser Vorführung auch eine Musik, die den Anforderungen eines jeden Kenners voll und ganz genügt. Der Film „Eine junge Dame von Welt" nach dem Roman von F. von Zobeltitz gelangt nicht vom 6. bis 12., sondern vom 13. bis 19. Juni in den Kammerlichtspielen zur Aufführung.

* **Die Ringkampfkonkurrenz im Hippodrom nimmt seinen Fortgang unter spannendsten Kämpfen, die das stets das Haus füllende zahlreiche Publikum immer wieder in lebhafteste Spannung halten.** Am Donnerstag (Himmelfahrt) abend gab es besonders interessante Kämpfe. v. d. Heydt von Herrmann, dem riesigen Bayern zum freien Ringkampf herausgefordert, legte diesen nach verhältnismäßig sehr kurzer Zeit durch einen ausgezeichneten Beinzug und wurde maßlos gefeiert, er ist der erklärte Liebling des Publikums. Auch Buchheim-Sachsen, der bisher unbesiegt ist, wird immer wieder lebhaft begrüßt. Ueber die heutigen Kämpfe siehe den Inseratenteil.

Bad Wittekind. Noch steht der Flieder in voller Blüte und neben den roten und weißen Kerzen der Kastanien entfaltet nun auch der Rotdorn seine Blütenkelche. Morgen, Sonntag, früh 6½ Uhr, findet Frühkonzert und nachmittags 3½ Uhr Kurkonzert mit gewählten Vortragsfolgen von der Kapelle des Füsilier-Regiments Nr. 36 unter Leitung des Kapellmeisters Otto Haupt statt.

Zoologischer Garten. Morgen, Sonntag, ist billiger Sonntag. Das Eintrittsgeld beträgt den ganzen Tag über, also von 7 Uhr morgens bis zum Schluß des Abendkonzertes, für Erwachsene nur 75 Pfg. und für Kinder 40 Pfg. Die zahlreichen Tierarten weisen schöne Gruppen auf, deren einige durch Nachzucht bedeutend vergrößert wurden. Besonders wird die Aufmerksamkeit der Besucher auf die im Gehege der Wasservögel untergebrachte, stattliche Flamingoherde gelenkt. Auf dem Konzertplatze finden während des Tages mehrere Konzerte statt. Von vormittags 11½ Uhr gibt unter Leitung des Dirigenten Hermann Knöchel das Orchester des hiesigen Buchdrucker-Vereins ein Matinee-Konzert, nachmittags 3½ Uhr konzertiert das Seifert-Orchester unter Leitung des Musikdirektors Richard Seifert und abends 7½ Uhr die Kapelle des Füsilier-Regiments Nr. 36 unter Leitung des Kapellmeisters Otto Haupt. Bei ungünstigem Wetter bietet der große Saal und die geräumige Gartenkolonnade den Besuchern Schutz.

Ammendorf. In der letzten Sitzung der Gemeindevertretung machte der Vorsitzende Mitteilung davon, daß die in der Gemeinde veranstaltete Sammlung für die Kriegs- und Zivilgefangenen 2496 M. eingebracht hat. Alsdann beschloß die Gemeindevertretung die Grünplatzanlage an der Ecke Hallesche und Hindenburgstraße zu vergrößern und an diesem Platze entlang, in der Hindenburgstraße, eine Hochbordanlage zu schaffen und den Bürgersteig dort mit Mosaikpflaster ausbauen zu lassen. Die Anlage eines Hochbordes an der Ecke Hindenburgstraße und am Mühlberg, die Schaffung und Pflasterung eines größeren Platzes an der Ecke Hallesche und Schachtstraße und eine Hochbordanlage mit Bürgersteigbelielung am Rosengarten wurden genehmigt. Im Interesse der Verkehrssicherheit soll der westliche Graben der Halleschen Straße ab Friedenstraße bis zum Grundstück Möllers Rosengarten nach und nach mit verfügbarer Erde zugeschüttet werden. Da ein dringendes Bedürfnis zum Erwerb eines weiteren größeren Gemeindehauses vorhanden ist, beschloß die Gemeindevertretung den Ankauf eines solchen. Um weitere Klassenräume für Ammendorf I. zu erhalten, genehmigte die Gemeindevertretung den Erwerb des den Eheleuten Sanitätsrat Dr. Böhme gehörenden Hauses Bahnhofstr. Nr. 7 zum Preise von 33 000 M., in dem zurzeit die Bahnhofswirtschaft betrieben wird und das zwei für Schulzwecke besonders geeignete Räume enthält. Die Restauration soll in dem Erdgeschoß durch die Gemeinde weitergeführt werden. Die Gemeindevertretung beschloß die Einführung eines Einheitspreises von 47 Pfg. pro Kubikmeter für Leucht-, Koch-, Heiz- und Automatengas, sowie die Erhöhung der Entschädigung von 1½ auf 5 Pfg. für die Brennstunde der Straßenbeleuchtung ab 1. Mai d. J. auf jederzeitigen Widerruf.

Aus der Provinz.

Unsere Berichterstatter bitten wir, uns unverzüglich ihre genauen Adressen mitteilen zu wollen! Redaktion der Volksstimme, Halle a. S., Gr. Brauhausstr. 17.

Merseburg. Größerer Lehrgang zur Ausbildung und Fortbildung von Jugendpflegern und Jugendpflegerinnen in Merseburg. Mit Genehmigung des Ministeriums für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung veranstaltet der Bezirksausschuß für Jugendpflege auch in diesem Jahre einen längeren Lehrgang zur Ausbildung und Fortbildung von Jugendpflegern und Jugendpflegerinnen in Merseburg. Er findet vom 15. Juli bis 8. Aug. d. J. im Jugendheim „Herzog Christian" in Merseburg statt. Der Ausbildungsplan, sowie Vordrucke zur Anmeldung sind vom Bezirksjugendpfleger Oberlehrer Hemprich in Merseburg zu beziehen.

Weißenfels. Die am Mittwoch, den 28. Mai, stattgefundene Stadtverordnetensitzung hatte sich mit einer reichhaltigen Tagesordnung zu beschäftigen. Außerhalb der Tagesordnung wurde zuerst eine Interpellation, eingebracht von der Fraktion der S. P. D., behandelt, die sich eingehend mit Mißständen in der Lebensmittelversorgung, Stoff- und Schuhversorgung befaßt. Stadtv. Vietz begründete die Interpellation und gab zu jedem einzelnen Punkt der Interpellation eine weitgehende Erklärung. Redner macht es zum Gegenstand der öffentlichen Besprechung, um den Geschäftsleuten und auch der gesamten Oeffentlichkeit damit zu beweisen, daß Magistrat und und Stadtverordnete ein wachsames Auge über die Lebensmittelverteilung halten. Stv. Vietz wies auf einen Erlaß des General Maercker in Leipzig hin, in dem er die Bestrafung aller Verstöße gegen die Bestimmungen des Handels androht. In Beantwortung der Interpellation ersuchte der Oberbürgermeister die Stadtverordneten, ihm diejenigen Händler namhaft zu machen, die sich Verstöße zuschulden kommen lassen. Die Redner der U. S. P. waren wohl mit der Interpellation selbst, wie auch mit der sachlichen Begründung, die besonders von ihnen betont wurde, einverstanden, aber konnten es nicht unterlassen, die so wichtige Frage auf ein anderes Gebiet zu verschieben. Aus den Ausführungen konnte man die Verlegenheit merken, daß sie nicht die Einbringer der Interpellation waren und versuchten nunmehr wiederum vergeblich ihren Anhängern plausibel zu machen, daß nur unsere drei Genossen in der Reichsregierung einzig und allein die Schuld tragen an den Mißständen in der Lebensmittelversorgung. Genosse Vietz geißelte das Verhalten der U. S. P. und stellte fest, daß wieder einmal die U. S. P. den Bürgerlichen Gelegenheit gegeben habe, sich darüber zu freuen, daß die Sozialdemokratie bei Behandlung solch wichtiger Fragen nicht einmal einig gehe. Auf den Hinweis, daß man dem Arbeiterrat die gewünschte Exekutive übertragen soll, erklärte er, daß es uns gleich sei, wie die Kommission heißt, ob Arbeiterrat, oder Ernährungskommission, oder sonstwie. Der Wert liegt nicht in dem Namen der Kommission, sondern in der Tätigkeit, die diese auszuüben hat. Nach zweistündiger Beratung dieser Interpellation konnte man zur Erledigung der Tagesordnung schreiten. Nach Einführung zweier Stadtverordneter, von denen der einer der Bürgerlichen Partei und der andere der U. S. P. angehörte, wurden zwei Vermächtnisse früherer Bürger der Stadt Weißenfels angenommen. Weiter sollen am Schulgebäude, Promenade 39, Putzarbeiten vorgenommen werden. Bei der Neuregelung der Teuerungszulage der Lehrer, städtischen Beamten und Angestellten wies Genosse Kiesel als Berichterstatter darauf hin, daß in dieser Vorlage die Hilfsarbeiter nicht enthalten seien, und stellte den Antrag, den Magistrat zu ersuchen, bei der nächsten Sitzung eine dementsprechende Vorlage zu bringen, der auch angenommen wurde. Tornblut (U. S. P.) berichtete über eine Arbeitsordnung für die Arbeiter der Stadtverwaltung, die in Gemeinschaft mit dem Arbeitsausschuß aufgestellt wurde und empfahl dieselbe, nach wesentlichen Aenderungen durch die Kommission, zur Annahme. Die Vorlagen, Anrechnung von Dienstjahren für einen Beamten, sowie die Stelle einer Kindergärtnerin wurden angenommen. Die Anwohner der Hermann- und Malterstraße ersuchten in einer Eingabe um Pflasterung dieser Straßen. Dem Magistrat wurde diese Vorlage zur Berücksichtigung überwiesen, um so mehr, als die Zustände in diesen Straßen, bei schlechtem Wetter usw., unhaltbare geworden sind. Die Versammlung bewilligte ferner ca. 500 000 M. für Baukostenzuschüsse für Einfamilienhäuser und betonte Stadtv. Vietz, daß man diese Zuschüsse vor allen Dingen dem bedürftigen Teil der Bevölkerung, kinderreichen Familien, Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen zugänglich machen soll. Im Krankenhaus soll die Stelle eines Inspektors, sowie eines leitenden Arztes für den nach Frankfurt a. M. gehenden Stadtarzt Dr. Oschmann bewilligt werden. Genosse Vietz verlangt zunächst Aufklärung, ob dieser leitende Arzt gleichzeitig wieder die Funktionen eines Stadtarztes versehen soll, und falls dies nicht zutrifft, ersucht er den Magistrat, bei der Auswahl des neuen Stadtarztes möglichst darauf Rücksicht zu nehmen, daß der zugleich auch Mensch sei, denn nur dann würde das Vertrauen der Bürgerschaft zu einem tüchtigen Arzt vorhanden sein, wenn er auch gleichzeitig menschliches Empfinden in sich trüge. Außerdem wurde außerhalb der Tagesordnung eine Dringlichkeitsvorlage behandelt, die die Neuregelung der Löhne bei dem Städtischen Elektrizitätswerk vorsah. Auch diese Angelegenheit wurde wiederum zu einer ausgiebigen Debatte und zwar diesmal zwischen unserem Genossen Stadtrat Kalbfleisch und Stadtv. Dehlsner. Die Fraktion der U. S. P. hatte dem Stadtrat Kalbfleisch in einer geradezu verletzenden Weise Vorwürfe darüber gemacht, daß er sich geweigert habe, den Betriebsrat die Bewerbungen für einen einzustellenden Ingenieur vorzulegen. Stadtrat Kalbfleisch hatte dies nicht direkt abgelehnt, sondern erklärte, daß er die Einsichtnahme so lange ablehnen müsse bis die Befugnisse der Betriebsräte gesetzlich geregelt und genügend geklärt seien. Nachdem die Fraktion der U. S. P. in der Kommissionsberatung diese Angelegenheit zu heftigen persönlichen Angriffen gegen Kalbfleisch benutzt hatte, sah letzterer sich veranlaßt, in der öffentlichen Sitzung die ganze Angelegenheit noch einmal aufzurollen, um so mehr, als er in der Lage war, nachweisen zu können, daß der Betriebsrat gar nicht die Vorlage der Bewerbungen verlangt hatte, sondern andere Personen. Aus der langen Debatte konnte man die Verlegenheit hören, in die die Fraktion der U. S. P. gekommen war, nachdem sich diese Angelegenheit derartig geklärt und Stadtrat Kalbfleisch pflichtgemäß gehandelt hatte, als er die Herausgabe der Bewerbungen verweigerte. Schluß der Sitzung ¾12 Uhr.

Zeitz. Auslandsmehl. Auf Nr. 3 der Einfuhrzusatzkarte entfallen je ½ Pfund amerikanisches Weizenmehl zu 1 Mk. oder ½ Pfd. inländisches 94proz. Weizenmehl zu 0,15 Mk. Abgabe erfolgt gegen Abgabe der Voranmeldungs- und Quittungskarte Nr. 3 am Dienstag, den 3. Juni bei den bekanntgegebenen Kaufleuten. Die Händler geben die aufgeklebten ganzen Karten Nr. 3 in Zimmer 44 ab: a) für amerikanisches Mehl, am Donnerstag, den 5. Juni, vorm. 8—12 Uhr, b) für inländisches Mehl, am Freitag, den 6. Juni, vorm. 8—12 Uhr. Gleichzeitig erfolgt Bezahlung zu a.

Cöthen. In der Nacht vom 27. zum 28. d. Mts. hat die [illegible]ichelmann ihren drei Kindern im Alter von 3, 6 und 8 Jahren die Kehlen durchgeschnitten und ihr Haus in der Bader-Gasse in Brand gesteckt. Die Kinder sind ihren schweren Verletzungen erlegen. Das Haus, ebenso zwei Nachbarhäuser, brannten vollständig nieder. Die Frau flüchtete nach Osternienburg, wo sie einen Selbstmordversuch machte. Sie liegt im Cöthener Kreiskrankenhaus. Der Liebhaber der Frau wurde zur Aufklärung verhaftet.

Hohenleipisch. Am Sonntag, den 25. Mai, fand hier eine öffentliche Gemeindevertretersitzung statt. Auf der Tagesordnung stand: Der Bau von Gemeindehäusern. Ueber diesen Punkt entspann sich eine längere Debatte. Der Bau wurde in der Gemeindevertretersitzung am Karfreitag einer Kommission überwiesen. Diese bestand aus vier Unabhängigen und einem Mehrheitssozialisten. In der Kommission wurde von einigen Unabhängigen gegen den Bau gesprochen. Schließlich wurde die Sache zur nochmaligen Beschlußfassung an die Gemeindevertretersitzung überwiesen. In dieser Sitzung legte Genosse Töpfer dar, wie nötig es wäre, den Bau von Gemeindehäusern vorzunehmen und den Antrag doch einstimmig anzunehmen, da in allen Gemeinden, wo selbst fast lauter Bürgerliche wären, der Bau von Gemeindehäusern einstimmig beschlossen worden wäre. Doch die betreffenden unabhängigen Kommissionsmitglieder sprachen im reaktionären Sinne dagegen und sagten, sie würden nie dafür stimmen. Genosse Töpfer warf den U. S.-Leuten, die sich wie Reaktionäre benahmen und u. a. sagten, früher wären die Arbeiter mit einer kleinen Wohnung zufrieden gewesen und zwar mit 1—2 Stuben, aber heute müßte auch noch eine Küche da sein, politische Unreife vor. „Die Arbeiter möchten sich nur einrichten, dann brauchten wir nicht zu bauen," sagte ein U. S.-Mann, der Hausbesitzer ist und fünf Zimmer hat. Nach langer Debatte wurde darüber abgestimmt und der Punkt 1 mit 11 gegen 3 Stimmen angenommen. Die beiden U. S.-Leute stimmten nun auch dafür. Der Gemeindevorsteher Hubrich enthielt sich der Stimme, erklärte aber nachträglich, daß er mit der Mehrheit stimme. Ein merkwürdiges Gebahren!

Anträge

zu dem am 10. Juni 1919 und folgende Tage nach Weimar einberufenen Parteitag.

(Fortsetzung.)

Bericht der Kommission zur Beratung der Presseangelegenheiten.

Niederbarnim. Um den belehrenden und unterhaltenden Teil unserer Parteipresse zu heben, ist eine Feuilletonzentrale zu schaffen, die besonders den kleineren Parteiblättern dreiwöchige zwei- bis vierseitige Beilagen zu liefern hätte, darunter eine Frauen- und eine Jugendlichenbeilage.

Niederbarnim. Der „Vorwärts" ist nach wie vor das Parteiorgan der Berliner Arbeiterschaft und Zentralorgan der deutschen Sozialdemokratie. Dieser Eigenschaft hat die Redaktion unbedingt Rechnung zu tragen in ihrer Schreibweise. Die Vertretung der Politik der augenblicklichen Koalitionsregierung kann und darf deshalb nicht ihre Sache sein. Wir verlangen deshalb eine energische Vertretung unserer proletarischen Grundsätze und unbedingte Opposition gegen die bürgerlichen Reaktionsgelüste.

Altona. Der Parteivorstand wird ersucht, möglichst bald Richtlinien zur Schaffung einer im Parteidienste stehenden lokalen Kleinpresse herauszugeben.

Potschappel. Um einem allgemeinen Bedürfnis abzuhelfen, ist sofort vom Parteivorstand die bereits 1914 in Aussicht genommene Familienwochenschrift herauszugeben. Gerade jetzt wird sie wichtige Dienste in der Aufklärung leisten.

Ottensen. Den Parteivorstand zu beauftragen, allerschnellstens an den Ausbau unserer Presse heranzugehen, im besonderen sich den Ausbau der Kreisblattpresse angelegen sein zu lassen.

Ottensen. Die „Kommunale Praxis" ist auszubauen, damit auch die Interessen der kleinen Gemeinden berücksichtigt werden können.

Bericht der Fraktion der verfassunggebenden Nationalversammlung.

Danzig. Die sozialdemokratische Partei wolle die alsbaldige Schaffung eines deutschen Bodenrechts auf folgender Grundlage betreiben:

Der sämtliche Grund und Boden innerhalb des Reichsgebiets ist gegen Entschädigung der bisherigen Eigentümer zu verstaatlichen. Soweit der Boden — wie z. B. als Forstland — nicht in staatliche Eigenbewirtschaftung genommen wird, ist er gegen jährliche Entrichtung der zu bestimmenden Grundrente an Reichsangehörige als erbliches Lehen auszugeben:

a) als landwirtschaftliches Nutzungsland bis zur Höchstgrenze von 500 Hektar für eine Familie;

b) als gewerbliches Betriebsland;

c) als Wohnheimstättenland. Zur Errichtung einer Heimstätte steht jeder deutschen Familie ein Lehnsrecht auf mindestens 16 Ar Land zu.

Die Entschädigung der bisherigen Eigentümer erfolgt durch Ausgabe von 4½prozentigen Landpfandbriefen bis zur Höhe des ermittelten Grundwertes für jedes Grundstück. Die Inhaber der bisher auf Grundstücken ruhenden Hypotheken und Schulden sind verpflichtet, diese Pfandbriefe zum Nennwert als Rückzahlung anzunehmen. Verschiedenheiten des Zinssatzes können nicht berücksichtigt werden.

Der Grundwert zur Ermittlung der staatlichen Grundrente wird bestimmt nach dem Reinertrage, den das Grundstück bei ordnungsmäßiger Bewirtschaftung für jeden Benutzer erbringt nach Abzug des Wertes von Gebäuden und Inventar, welche persönliches Eigentum bleiben. Als Anhalt bei der Wertbemessung

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519190531-11/fragment/page=0006

können die auf den Katasterämtern vorhandenen Grundsteuerveranlagungen benutzt werden. Es sind jedoch die infolge günstiger Lage, Kulturverhältnisse, Nähe von Städten usw. geschaffenen Werterhöhungen zu berücksichtigen. In weitgehendem Maße sind zur Grundwertbestimmung die bisherigen Eigentümer, denen bis 500 Hektar ihres Besitzes als erbliches Lehen belassen wird, zur Selbsteinschätzung zu veranlassen. Ist diese nach dem Ermessen der Verstaatlichungskommission, die für jeden Kreis gebildet ist, zu niedrig erfolgt, so übernimmt der Staat das Grundstück zu dem geschätzten Wert und überläßt es nach Neuabschätzung einem anderen Lehensträger, ist sie dagegen zu hoch, so läßt man den Benutzer so lange die entsprechend hoch bemessene Grundrente zahlen, bis er seinen Irrtum berichtigt.

In Städten und stadtähnlichen Gemeinden, in denen durch Straßenbaukosten, Beleuchtung, Kanalisation usw. besondere Aufwendungen vorliegen, sind diese an die betreffenden Gemeinden seitens der Benutzer durch besondere Gemeindesteuern vorweg zu entschädigen. Der Kapitalwert dieser Gemeindesteuern wird vom Grundwert in Abzug gebracht. Von dem dann verbleibenden Grundwert sind alljährlich 5 Proz. als Grundrente an den Staat zu entrichten. Für die in den Hauptverkehrsstraßen der Großstädte — z. B. Friedrichstraße Berlin — gelegenen hochwertigen Grundstücke, wovon für jedes besonders die Wertermittlung erfolgen muß, sind entsprechend hohe Grundrenten festzusetzen.

Bei den zurzeit im Umkreis der Großstädte gelegenen, als Spekulationsobjekte viel zu hoch bewerteter Bauterrains kann die Wertermittlung auch nur nach dem Nutzungsertrage bewirkt werden, den sie ihren Besitzern als landwirtschaftliches oder gewerbliches Betriebsland gewähren. Jeder Bodenwucher muß unmöglich gemacht werden. Wird in Zukunft städtisches Bauland benötigt, so wird der erforderliche Grund und Boden von den bisherigen Benutzern durch die Gemeinde übernommen und nach Ausführung der Straßenbauten, Kanalisation und dergleichen an Interessenten abzugeben. In dieser Weise wird es sich ermöglichen lassen, Heimstättenland gegen eine mäßige Grundrente zu beschaffen.

Durch erhöhte Siedlungspolitik ist besonders im deutschen Osten eine zur Landbebauung ausreichende seßhafte Landbevölkerung zu schaffen. Zu diesem Zweck sind aus den Domänen und den staatlicherseits zu übernehmenden Ländereien des Großgrundbesitzes zahlreiche mittlere und kleinere Ansiedlungsstellen einzurichten. (Fortsetzung folgt.)

Eingesandt.

Ablösung unserer Kriegsgefangenen.

Als Anfang Nov. 1918 die Waffenstillstandsverhandlungen begannen, da war überall Freude. Jedermann im Deutschen Reiche war froh, daß das Morden endlich ein Ende finden, daß der Haß begraben sein sollte. Mit welcher Hast kehrten die Truppen aus Feindesland zurück! Mit welcher Gewissenhaftigkeit suchten sie den drückenden Waffenstillstandsbedingungen nachzukommen! Wie sehnten sie sich nach Hause, zu Weib und Kind, zu Eltern und Geschwistern! Wir alle hofften, daß auch unsere in feindliche Gefangenschaft geratenen Brüder bald zurückkehren würden. Wir hoffen auf ihre Rückkehr seit über ½ Jahr. In den Zeitungen wird andauernd von dem Empfang geschrieben, den wir ihnen bereiten wollen. Aber sie kommen nicht. Sie werden noch zurückgehalten. Und weswegen werden sie zurückgehalten? Weil die Feinde denken, daß sie uns damit zum Unterzeichnen der harten Friedensbedingungen zwingen können. Keine völkerrechtliche Bestimmung, keine kriegstechnische Notwendigkeit, kein anderer triftiger Grund kann diese Zurückhaltung rechtfertigen.

Wir haben in diesen Zeiten viele Entschließungen gefaßt. Ein großer Teil derselben war in ihrem Ton durchaus unangebracht. Wir sind die Besiegten, wir liegen am Boden. Der Mangel an Transportmitteln, die Unterernährung und verschiedenes andere hindern uns, in den nächsten Jahren an einen neuen Waffengang zu denken. Das müssen auch diejenigen zugeben, die sich nicht vom sittlichen Gefühl, von der Menschlichkeit leiten lassen, deren Sinn nach Blut und Leichen gerichtet ist. Es hat keinen Zweck mehr, mit dem Säbel zu rasseln. Wir können uns damit nur lächerlich machen. Der Gewalt können wir keine Gewalt mehr entgegensetzen. Die einzige Waffe, die uns übrig bleibt, ist das Wort, nicht das harte, pochende, das demütige, bittende, an die Menschenliebe sich wendende Wort.

Von unsern Gefangenen haben viele tausend seit Jahren die Heimat, die Angehörigen nicht wieder gesehen. Sollte es kein Mittel geben, sie früher der Heimat wieder zuzuführen als unsere Feinde jetzt willens sind? Gibt es nur das eine Mittel, schnelle Unterzeichnung des Friedensvertrages? Kann das deutsche Volk nur durch Bewilligung der Forderungen der Feinde die Rückkehr seiner Lieben erreichen? Es scheint mir, daß es doch noch ein Mittel gibt, durch das wir die Rückkehr unserer Gefangenen ermöglichen könnten. Das ist die Ablösung. Wenn sich in Deutschland eine genügend große Menge von Männern fände, die sich bereit erklärten, sich den Feinden als Bürgen und Ersatz für die Kriegsgefangenen anzubieten, damit diese endlich einmal die goldene Freiheit genießen können, so können nach meiner Meinung die Franzosen und Engländer an diesem Angebot nicht achtlos vorübergehen. Und wie würde ein solches Angebot auf unsere Gefangenen wirken! Welche wohltuende seelische Wirkung hätte schon ein solches Angebot auf unsere Gefangenen! Wie würde es unsern Unterhändlern den Nacken steifen! Für ein solches Liebeswerk kommen natürlich nur solche Männer in Betracht, die nicht schwer verletzt waren und höchstens 1 Jahr an der Front waren. Wer sich an diesem Liebeswerk beteiligen will, den bitten wir, sich bei dem Kameraden Oberlehrer a. D. Grobler, Thaerstraße 21, I, der sich als erster zur Ablösung gemeldet hat und sich mit den ersten den Feinden überliefern wird, zu melden. Vereine, die auf pazifistischem Boden stehen, die die Gewaltpolitik und die Völkerverklavung verwerfen, die für Völkerverbrüderung und Völkerversöhnung, für einen alle Menschen umfassenden Völkerbund eintreten und die in der Aufrichtung eines auf allgemeiner Zustimmung beruhenden Weltreiches der Gerechtigkeit und der Nächstenliebe das Heil der Menschheit erblicken, sind uns hoch willkommen, wenn sie sich diesem Aufrufe anschließen und sich an diesem Liebeswerk beteiligen wollen.

Der Reichsbund der Kriegsbeschädigten, ehem. Kriegsteilnehmer und Kriegshinterbliebenen, Ortsgruppe Halle.

Lebensmittel-Kalender.

Versorgung mit Lebensmitteln. In der Woche vom 2. bis 8. Juni 1919 können auf die Marke 50 der neuen blauen Kartoffelkarte 4 Pfund Kartoffeln verkauft und abgegeben bezw. in Haushaltungen, Anstalten usw., die mit Kartoffeln versorgt sind, verbraucht werden. Der Kartoffelverkauf erfolgt vom Dienstag, den 3. Juni 1919, an. Zur Verteilung gelangen außerdem noch für jede Person des Haushalts: ¼ Pfund Graupen, ¼ Pfund Grieß, ¼ Pfund Reis, ½ Pfund Marmelade und 150 Gramm Sirup. Neben den vorstehend angegebenen Lebensmitteln werden weiterhin noch auf den Abschnitt A des Sondereinkaufsscheines 1 für jede Person des Haushalts (mit Ausnahme der Kinder unter 1 Jahr) drei Pfund Auslandskartoffeln abgegeben. Wegen des Verkaufs ist besondere Bekanntmachung ergangen.

Der Verkauf von Quark erfolgt am Montag, den 2. Juni 1919 auf den Abschnitt 12 für die eingetragenen Kunden bei der Milchhändlerin Schwenke, Beesener Straße 68 und in der Verkaufsstelle der Niemberger Molkerei, Rannischestr. 20/21. An letzterer Stelle nur vormittags von 8—12 Uhr und zwar für die angemeldeten Kunden der Verkaufsstelle der Niemberger Molkerei Schulstr. 13 und Rannischestr. 20/21. Auf jeden Abschnitt wird ¼ Pfund abgegeben. Die abgetrennten Abschnitte sind bis 5. Juni 1919 abzuliefern.

Marmelade und Sirup. Diejenigen Inhaber von Kleinhandelsgeschäften, welche Kundenlisten eingereicht haben, werden hierdurch aufgefordert, bei den von ihnen gewählten Großfirmen die in nächster Woche zum Verkauf gelangende Marmelade und den Sirup am Montag, den 2. Juni und am Dienstag, den 3. Juni 1919, abzuholen. Bekanntmachung über Regelung des Verkaufs erfolgt später.

Städtischer Verkauf von gemischtem Dörrobst in der Talamtschule am Montag, den 2. Juni 1919. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Nummern 12 001—19 500 vormittags von 8—12 Uhr und die Inhaber der Nummern 19 501—23 000 nachmittags von 2—6 Uhr. Für jede Person eines Haushaltes kann ein Viertelpfund zum Preise von 1 Mark für das Viertelpfund abgegeben werden. Das Dörrobst ist vor dem Kochen 24 Stunden in kaltem Wasser aufzuweichen. Der Lebensmittelschein ist vorzulegen. Abgezähltes Geld ist bereitzuhalten.

Städtischer Verkauf von Puddings- und Backpulver in der Talamtschule am Montag, den 2. Juni 1919. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Nummern der Lebensmittelscheine 16 001—19 500 vormittags von 8—12 Uhr und die Inhaber der Nummern 19 501—23 000 nachmittags von 2—6 Uhr. Für jede Person eines Haushaltes kann ein Paket Puddingpulver zum Preise von 40 Pfg. und ein Paket Backpulver zum Preise von 10 Pfg. abgegeben werden. Der Lebensmittelschein ist vorzulegen. Abgezähltes Geld ist bereitzuhalten.

Ausländisches Weizenmehl. Unter Bezugnahme auf Ziffer 5 unserer Anordnung vom 16. April 1919 über ausländisches Weizenmehl wird bestimmt: 1. Die Nummer 7 der Markenreihe für Auslandsmehl wird in Gültigkeit gesetzt für die Zeit vom 2. Juni bis 11. Juni 1919. 2. Die Mehlkleinhändler (Mehlhändler, Bäcker, Konsumvereine) haben die eingenommenen Marken (Nr. 7) bis zum 14. Juni 1919 an die Brotmarken-Annahmestelle, Dryhauptstraße 4, abzugeben.

Die Ausgabe der Reichsfleischkarten für die Zeit vom 9. Juni bis 6. Juli d. Js. erfolgt in der Woche vom 2. bis 7. Juni d. Js. zugleich mit der Ausgabe der Brotmarken in den städtischen Markenausgabestellen.

Die Ausgabe der Zuckermarken für den Monat Juni findet in der Woche vom 2. bis 7. Juni 1919 zugleich mit der Ausgabe der Brotmarken in den städtischen Markenausgabestellen statt. Die Zuckermarken sind bei Empfang nachzuzählen. Auch kann eine Nachlieferung der in der vorgenannten Zeit nicht entnommenen Marken nicht stattfinden.

Die Ausgabe der Sonderzuckerkarten für den Monat Juni an Kinder bis zu 2 Jahren findet im Stadternährungsamt, Zimmer Nr. 10, vormittags von 8—12½ Uhr statt. Die Ausgabe erfolgt an die empfangsberechtigten Haushalte mit den Anfangsbuchstaben: A—D am Montag, den 2. Juni, E—G am Dienstag, den 3. Juni, H—J am Mittwoch, den 4. Juni, K am Donnerstag, den 5. Juni, L—M am Freitag, den 6. Juni, N—Q am Sonnabend, den 7. Juni, R am Dienstag, den 10. Juni, S am Mittwoch, den 11. Juni, T—V am Donnerstag, den 12. Juni, W—Z am Freitag, den 13. Juni. Der Lebensmittelschein und die Geburtsurkunde des in Frage kommenden Kindes sind vorzulegen.

Die Inhaber von Bäckereien und Konditoreien sowie die Süßigkeitsgewerbetreibenden werden hierdurch aufgefordert, die für den Monat Juni gültigen Zuckermarken und zwar die Geschäftsinhaber mit den Anfangsbuchstaben A—J am Montag, den 2. Juni, diejenigen mit den Anfangsbuchstaben K—R am Mittwoch, den 4. Juni und diejenigen mit den Anfangsbuchstaben S—Z am Donnerstag, den 5. Juni 1919, vormittags von 8 bis 12½ Uhr, im Stadternährungsamt, Marktplatz 22, 2. Obergeschoß, Zimmer 9, in Empfang zu nehmen. Ein Ausweis ist mitzubringen. Die Ausgabe der Zuckermarken an Gastwirtschaften erfolgt später.

Bekanntmachung.

Der Verkauf der den Kleinhändlern überwiesenen Gemüsekonserven findet von Montag, den 2. Juni, ab statt. Jeder Haushalt bezieht die Gemüsekonserven bei dem Kleinhändler, bei dem er sich in Gemäßheit unserer Bekanntmachung vom 12. Mai vorangemeldet hat. Abgegeben wird für jeden Kopf eines Haushaltes ein Kilo Gemüsekonserven. Die Abgabe erfolgt auf die Marke 333 des Warenbezugsscheines 22.

Es wird nochmals darauf aufmerksam gemacht, daß den Käufern eine Auswahl unter den einzelnen Gemüsearten nicht gestattet werden kann, daß aber die Kleinhändler angewiesen worden sind, eine möglichst gerechte Verteilung vorzunehmen. Jeder Kleinhändler ist verpflichtet, über die bei ihm zum Verkauf kommenden Gemüsearten ein Verzeichnis mit Angabe der festgesetzten Kleinhandelshöchstpreise in seinem Verkaufslokal an sichtbarer Stelle auszuhängen. Die Kleinhandelshöchstpreise betragen:

für Normaldose kg	½	1	1½	2	2½
feinste Stangenschnittbohnen	1,15	2,15	3,15	4,05	5,—
feinste Stangenbrechbohnen	1,15	2,15	3,15	4,05	5,—
feinste Stangenperlbrechbohnen	1,15	2,15	3,15	4,05	5,—
feinste Stang.-wachsbrechbohnen	1,15	2,15	3,15	4,05	5,—
junge Schnittbohnen I	1,10	2,05	3,—	3,90	4,80
junge Brechbohnen I	1,10	2,05	3,—	3,90	4,80
junge Perlbrechbohnen I	1,10	2,05	3,—	3,90	4,80
junge Wachsbrechbohnen I	1,10	2,05	3,—	3,90	4,80
junge Schnittbohnen	1,—	1,90	2,75	3,60	4,45
junge Brechbohnen	1,—	1,90	2,75	3,60	4,45
junge Perlbrechbohnen	1,10	2,05	3,—	3,90	4,80
junge Wachsbrechbohnen	1,10	2,05	3,—	3,90	4,80
junge große Bohnen I	1,30	2,35	3,45	4,45	5,50
junge große Bohnen	1,15	2,15	3,15	4,05	5,—
Bohnenkerne fein	1,10	2,—	2,95	3,85	4,75
junge kleine Karotten	1,15	2,20	3,20	4,15	5,10
junge Karotten	1,05	2,—	2,90	3,75	4,60
Karotten geschn., Würfelkarotten, geschnittene Möhren	—,85	1,60	2,35	3,05	3,73
junger Kohlrabi	—,85	1,60	2,35	3,05	3,75
Spinat	1,05	2,—	2,90	3,75	4,60
Rosenkohl	1,45	2,70	4,—	5,20	6,40
Wirsingkohl	—,90	1,65	2,45	3,20	3,95
Weißkohl	—,75	1,40	—	2,70	—
Blumenkohl	—	3,30	—	—	—
Braun- und Grünkohl	—,85	1,60	2,35	3,05	3,75
Rotkohl	—,90	1,70	2,50	3,25	4,—
Steinpilze	1,60	3,—	4,35	5,70	—
Pfifferlinge	1,50	2,75	4,05	5,25	—
Tomatenmus	1,65	3,10	4,55	5,90	—
Teltower Rübchen	—,90	1,83	—	—	—
Riesenstangenspargel	1,65	3,15	4,55	6,—	—
Stangenspargel extra stark	1,60	3,05	4,40	5,80	—
Stangenspargel sehr stark	1,55	2,95	4,25	5,60	—
Stangenspargel stark	1,50	2,80	4,10	5,40	—
Stangenspargel mittelstark	1,45	2,70	3,95	5,15	—
Stangenspargel 50/60er	1,35	2,50	3,65	4,75	—
Stangenspargel dünn	1,20	2,25	3,30	4,25	—
Riesenbrechspargel	1,45	2,70	3,95	5,15	—
Brechspargel extra stark	1,40	2,65	3,90	5,05	—
Brechspargel stark	1,35	2,55	3,75	4,85	—
Brechspargel mittel	1,30	2,40	3,50	4,55	—
Brechspargel dünn	1,10	2,10	3,05	3,95	—
Brechspargel ohne Köpfe	1,05	2,—	2,90	3,75	—
Spargelabschnitte	—,90	1,70	2,50	3,25	—
Spargelköpfe weiß, extra stark	1,95	3,60	5,25	6,90	—
Spargelköpfe grün	1,30	2,40	3,50	4,55	—
Kaiserschoten	1,50	2,75	4,05	5,30	—
junge Erbsen sehr fein	1,45	2,65	3,90	5,10	—
junge Erbsen fein	1,35	2,50	3,70	4,80	—
junge Erbsen mittelfein	1,30	2,40	3,55	4,60	—
junge Erbsen (Gemüseerbsen I)	1,25	2,30	3,40	4,40	—
Suppenerbsen (Gemüseerbsen)	1,20	2,25	3,30	4,30	—

Die Kleinhändler sind verpflichtet, die Warenbezugsmarken 333 zu 100 Stück gebündelt bis spätestens Dienstag, den 10. Juni, im Stadternährungsamt, Marktplatz 22, I, Saal links, abzugeben. Zuwiderhandlungen ziehen die gesetzlichen Strafen nach sich.

Halle, den 31. Mai 1919. Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Grudekarten. Vom 1. Juni bis 5. Juli d. Js. gelten von Grudekarte Nr. 1 die Abschnitte 9—16. Die Abschnitte 1—8 verlieren mit dem 31. Mai ihre Gültigkeit.

Halle, den 31. Mai 1919. Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Es ist dem Magistrat gelungen, aus dem Auslande Kartoffeln einzuführen, die in den nächsten Wochen an die hallische Bevölkerung verteilt werden sollen. Da der Preis der Auslandskartoffeln sehr viel höher ist, als jener für inländische, der minderbemittelten Bevölkerung aber die Möglichkeit gegeben werden soll, die Auslandsware um einen angemessenen Preis zu erwerben, so wird auf Grund der Verordnung vom 18. Juli 1918 R.-G.-B. S. 738 der Verkauf von Kartoffeln in der Stadt Halle bis auf weiteres in folgender Weise geregelt:

1. Der Preis für inländische Kartoffeln wird vom Montag, den 2. Juni, an im Kleinhandel auf 15 Pfg. für das Pfund erhöht.

2. Zum Einkauf der Auslandskartoffeln dienen die Sondereinkaufsscheine Nr. 1, welche entsprechend den Lebensmittelscheinen mit blauem, rosa und grünem Aufdruck ausgegeben worden sind. Auslandskartoffeln dürfen nur gegen diese Karten abgegeben und entnommen werden.

3. Die Inhaber der Lebensmittelscheine mit blauem Aufdruck sind berechtigt, gegen Vorlage der blau bedruckten Sondereinkaufsscheine, die Auslandskartoffeln bei den Händlern, bei denen sie in die Kundenliste eingetragen sind, zum Preise von 15 Pfg. für das Pfund zu kaufen. Die Händler haben die Abschnitte A der blauen Karten abzutrennen und zu sammeln. Die Sondereinkaufsscheine in den beiden anderen Farben rot und grün sind für den Einkauf bei den Kartoffelhändlern ungültig. Die Händler haften der Stadt für den Schaden, den sie ihr durch den Verkauf von Kartoffeln gegen rote und grüne Marken zufügen.

4. Inhaber der Lebensmittelscheine mit rosa und grünem Aufdruck können gegen Vorlage der Sondereinkaufsscheine in den entsprechenden Farben die Auslandskartoffeln nur auf dem städtischen Markte (Talamtschule) erwerben, u. z. die Inhaber der rosa Lebensmittelscheine und rotbedruckten Einkaufsscheine zum Preise von 30 Pfg., die Inhaber der grünen Lebensmittelscheine und grünbedruckten Einkaufsscheine zum Preise von 40 Pfg. für das Pfund.

5. Die Mengen, welche allwöchentlich abgegeben werden, sind aus den Bekanntmachungen zu entnehmen. Für die Woche vom 2.—9. Juni wird sie mit drei Pfund festgesetzt.

6. Die Händler haben die beim Verkauf abgetrennten Abschnitte A der Sondereinkaufskarte am Dienstag, den 10. Juni, dem Stadternährungsamt gebündelt vorzulegen.

7. Zuwiderhandlungen gegen diese Vorschriften werden mit Gefängnis bis zu einem Jahre oder mit Geldstrafe bis zu 10 000 Mark bestraft.

Halle, den 31. Mai 1919. Der Magistrat.

Verordnung.

Auf Grund der Verordnung des Bundesrats über Maßnahmen gegen Wohnungsmangel vom 23. September 1918 (R.-G.-Bl. S. 1141) und der von dem Herrn Staatskommissar für das Wohnungswesen erteilten Ermächtigung wird für den Stadtkreis Halle folgendes angeordnet:

§ 1.

Vermieter von Wohnräumen und solchen Räumen, die bis jetzt Wohnzwecken gedient haben oder fortan Wohnzwecken dienen sollen, können Mietverhältnisse mit neuen Mietern rechtswirksam nur mit vorheriger Zustimmung des Mieteinigungsamtes eingehen.

Die ohne vorherige Zustimmung des Mieteinigungsamtes eingegangenen Mietverhältnisse sind nichtig.

§ 2.

Jeder Verfügungsberechtigte von Räumen der vorbezeichneten Art ist verpflichtet, dem Magistrat und dessen Beauftragten die Besichtigung der Räume zu gestatten, über die von ihm bezüglich der seiner Verfügungsbefugnis unterliegenden Räume eingegangenen Mietverhältnisse Auskunft zu erteilen und auf Erfordern auch etwa hierüber vorhandene schriftliche Aufzeichnungen, Verträge und dergleichen zur Einsicht vorzulegen.

§ 3.

Mit Geldstrafe bis zu 1000 Mark wird bestraft, wer der Vorschrift des § 1 zuwiderhandelt oder eine Auskunft nicht oder nicht rechtzeitig erstattet oder wissentlich unrichtige oder unvollständige Angaben macht oder eine Besichtigung nicht gestattet.

§ 4.

Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündigung in Kraft.

Halle, den 28. Mai 1919. Der Magistrat.

Amtliche Bekanntmachungen für Weißenfels.

Lebensmittelverteilung im Stadtkreise.

In der Woche vom 2. bis 7. Juni 1919 kommen nach der Kundenliste zur Verteilung:

200 Gr. Graupen (1 Pfd. 44 Pfg.) auf Marke 257,
125 Gr. Teigwaren (1 Pfd. 66 Pfg.) auf Marke 258,
250 Gr. Marmelade (1 Pfd. 1,30 Mk.) auf Marke 259.

Markenablieferung am Dienstag, den 10. Juni 1919 und zwar wie folgt:

Marke 257 an Herrn Schumann und die
Marken 258 und 259 an Herrn Kothe.

Die Restbestände an Suppen können an hiesige Haushaltungen markenfrei abgegeben werden.

Zuwiderhandlungen werden nach § 17 der Verordnung vom 25. September/4. November 1915 bestraft.

Weißenfels, den 30. Mai 1919. Der Magistrat. Dachn.

Auszahlung der Familienunterstützungen.

Die nächste Auszahlung der Unterstützungsbeträge an die Angehörigen der zum Heeresdienst Einberufenen findet am Montag, den 2. Juni d. J. in der Stadthauptkasse — Rathaus Zimmer Nr. 5 — vormittags von 7 bis 12 Uhr statt.

Die Empfänger haben jede wichtige Veränderung ihrer Verhältnisse (Geburt und Tod bei Kindern, Vollendung des 15. Lebensjahres bei Kindern, Uebernahme lohnender Arbeit, Bezug von Hinterbliebenenrente, Erwerb von Vermögen usw) dem Kriegsunterstützungsamte, Rathaus, Zimmer Nr. 7, anzuzeigen. Insbesondere ist sofort mitzuteilen, falls der Einberufene vom Militär entlassen bezw. bis zur Entlassung beurlaubt ist.

Weißenfels, den 28. Mai 1919. Der Magistrat.

Desinfektion bei Lungentuberkulose.

Im Interesse der Gesundheit der Bewohner machen wir darauf aufmerksam, daß es Pflicht jedes gewissenhaften Hausbesitzers und Quartiermeisters ist, für den Fall daß Personen, welche an Lungen- oder Kehlkopftuberkulose leiden, aus einem Quartier ausziehen, die betreffende Wohnung vor der Uebergabe an einen anderen Mieter durch die städtische Desinfektionsanstalt desinfizieren zu lassen. Andernfalls besteht für die neuzuziehenden Personen eine sehr große Ansteckungsgefahr, die ein gewissenhafter Mensch nicht verantworten kann. Die Hausbesitzer, welche in vorstehenden Fällen eine Desinfektion fahrlässiger Weise unterlassen, würden sich haftpflichtig machen, wenn bei Unterlassen der Desinfektion eine Uebertragung der Tuberkulose auf die neuen Bewohner stattfindet.

Alle Desinfektionen wegen Tuberkulose sind kostenlos. Anmeldungen sind an die Tuberkulose-Fürsorgestelle, Stadthaus oder an den Inspektor der städtischen Desinfektionsanstalt, Herrn Tänzscher, Desinfektionsanstalt, Kleine Deichstraße, am Bauhof, zu richten.

Weißenfels, den 25. Mai 1919. Die Polizeiverwaltung. Dachn.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519190531-11/fragment/page=0007

Hippodrom

Wintergarten.
Dir.: Georg Arndt.

Internationale

Ringkampf-Konkurrenz.

Heute Sonnabend abend 8½ Uhr:

Herausforderungs-Boxkampf:
Jaeneck, Meister im Boxen und Ringen — gegen — Heisse, Amateur-Weltmeister im Boxen

Pache gegen Baumgärtner
Axel Schmidt gegen van der Heydt

Wiederaufnahme des wegen Verletzung Buchheims aufgegebenen
Entscheidungskampfes
Gemel gegen Buchheim

Metzner gegen Schmitz
Meister von Deutschland

Morgen Sonntag, abend 8½ Uhr:

Entscheidungs-Boxkampf
Hermann gegen Heiße

Ferner ringen:
Metzner gegen Gemel
van der Heydt gegen Jaeneck

Entscheidungskampf
Hermann Kraft — gegen — Axel Schmidt Technik

Plätze sichern! Eintrittskarten an der Tageskasse im Vorverkauf 11—1 Uhr. Plätze sichern! Telephon 2183.

Der Reitsport
findet täglich bei gutem Wetter ab 4 Uhr in dem schönen schattigen Garten des Wintergartens statt.

Vorzügliches Pferdematerial.
Gute Speisen und Getränke.

Buchdruckerei Schmidt & Erdel

Fernruf 2472 Halle a. S. Kl. Ulrichstr. 8

empfiehlt sich bei Bedarf zur Herstellung von

Drucksachen aller Art.

Wir liefern nicht nur Werke, Kataloge und Zeitschriften sondern auch sämtliche Drucksachen für Handel, Gewerbe u. Privatgebrauch in tadelloser Ausführung.
Gleichzeitig bringen wir unsere
Buchbinderei in empfehlende Erinnerung.

Lumpen

kauft

A. Samuel, Alter Markt 7 Tel. 5592.

Neu eingetroffen!
Ein großer Posten

Knaben-Anzüge

in nur haltbaren echten Qualitäten.

Knaben-Anzug echt blau Leinen, mit Matrosen-Kragen, von 3—9 Jahren. Elegante Fassen Stück 29.00 Mk.	**Knaben-Anzug** von 3—9 Jahren, gute Stoff-Qualität, Sportfassion, in grauen, braunen und sonstigen Modefarben Stück 44.50 Mk.	**Knaben-Anzug** von 3—9 Jahren, Prinz Heinrich-Form, in nur echten Stoffen u. wunderbaren Farben Stück 58.50 Mk.
Knaben-Anzug von 10—15 Jahren, 2 reihig, in nur echten Stoffen und schönen braunen und grauen Farben Stück 56.50 Mk.	**Knaben-Anzug** von 10—15 Jahren 1- und 2 reihig, in dunkelbraunen, grauen und anderen Modefarben Stück 68.50 Mk.	**Knaben-Anzug** von 10—15 Jahren, in grünen, braunen und sonstigen Farben, nur echte Stoffe, gern gekaufte Muster Stück 85.50 Mk.

Herren- und Jünglings-Anzüge
sowie Hosen, Turnhemden und Knaben-Stoff-Hosen, echte Qualitäten in großer Auswahl sehr preiswert. 3710

Ernst Renner
14 Marktplatz 14.

Möbel
aller Art, wie
Bettstellen mit Matratzen, Kleiderschränke, **Vertikos,** Tische, Stühle, Polsterwaren, farbige kompl. Küchen, Schlaf-Zimmer

liefert billigst, auch auf bequeme Teilzahlung.

Carl Klingler,
Unt. Leipzigerstr. 11, 1. Etage, Eingang Sandberg.

Ihre Familie

verdient es, daß Sie bei Verkäufen jeder Art meine Preise berücksichtigen. Ich zahle für:

Wirtschafts-Lumpen	Kilo 20—30 Pfg.	Woll-Strumpfabfälle	Kilo 2.00 M.
Knochen	Kilo 12 „	Schafwolle	„ 4—6 „
Sackzeug	„ 12 „	Reinwollabfälle	„ 2.00 „
Papierabfälle	„ 8 „	Kaninchenfelle, trock. u. gesp.	„ 6.00 „
Bücher, Zeitungen	„ 16 „	Messing	„ 1.00 „
Schmiedeeisen	„ 5 „	Rotguß	„ 1.50 „
Maschinenguß	„ 10 „	Kupfer	„ 2.50 „
Ofenguß	„ 6 „	Blei und Zink	„ 0.50 „

Händler erhalten Extra-Preise!

Theuring & Ackermann
Nur Triftstraße 24. Tel. 4363.

Auf Wunsch freie Abholung.
Jeder Leser, wer uns 10 Kilo Waren, außer Papier und Eisen und Inserat mitbringt, erhält 1 Mark extra.

Rich. Glücks-Kollekte Meye

46 Obere Leipzigerstrasse 46
bietet an ZIGARREN, ZIGARETTEN Rauch- u. Kautabak
aus reinen Tabacken, in allen Preislagen,

Das Gute Scheffel-Brot

ist unübertroffen an Qualität und Bekömmlichkeit.

2909 Ueberall zu haben.

Neu! Neu!

Wulf:
Persönliche Schuld Wilhelms II.
Preis: Mk. 1,35.

Braun:
Entente-Frieden
Preis: 40 Pfg.

Buchhandlung Volksstimme
Grosse Ulrichstrasse 27.

Pfingsten!

Telefon 4613.

Garnierte Hüte.

Neueste, modernste Formen.
Fabrikpreise.
Hüte werden in 1 Stunde garniert
Leipzigerstr. (Ecke Poststr. 1)
Merseburgerstr. 161
(an der Königstr.).

Albrecht Suter,
Stroh- u. Filzhutfabrik Franz Zenk.

Leiterwagen
in allen Größen sind wieder vorrätig.
Louis Deparade,
Holzhandlung, Mansfelderstraße 41.

Poesie-Alben,
Tagebücher in Leder und Stoff gebunden 3701
bei
J. Zoebisch, Große Steinstr. 82

Fuhren aller Art
sowie kleine Möbelfuhren nimmt an und führt pünktlich aus
Paul Krüger,
Wittestraße 5. Telefon 5237

Zahn-Praxis
Laske
Gr. Ulrichstrasse 63, III.

Zähne von 4 Mk. an
Plomben „ 2 „ „
Zaunziehen 1 Mk.
Goldkronen, Stiftzähne
Reparaturen 3 Mk.
Schonende lachmännische Behandlung.
Sprechzeit von 9—12 /., 3—6 Uhr. 3365
Sonntags 9 - 12 Uhr.

Bohnenstangen
Baume und Rosenpfähle, Blumenpfähle usw. billigst.
Carl Schumann, Dr. Sie nstr. 30.

Buchhandlung „Volksstimme",
:: Große Ulrichstraße 27. .:
Soeben erschienen:
Stimme aus dem Grabe
Preis: Mk. 1,50.

Alt-Eisen

kauft

A. Samuel, Alter Markt 7 Tel. 5592.

Stellen finden.

Zimmerleute
stellt ein 3691
Otto Grote, Baugeschäft, Albrechtstrasse 28.

Maurerpolier

tüchtige Kraft für große Baustelle gesucht 3692
Otto Grote, Baugeschäft, Albrechtstrasse 28.

Maschinenformer und **Gießereiarbeiter**
sucht
Ferdinand Wässenger
Dorfstraße 4.

Bauwächter
evtl. mit Hund, bei freier Wohnung u. Gartenbenutzung gesucht 3695
Otto Grote, Baugeschäft, Albrechtstrasse 28.

Speisezimmer
Herrenzimmer
Schlafzimmer
Küchen und
einzelne Möbel jeder Art
empfiehlt in großer Auswahl 3647
G. Schaible
Möbelfabrik
Gr. Märkerstrasse 26
am Ratskeller.

Wir impfen täglich
zwischen 2 und 3 Uhr 3678
Dr. med. Herbert Schoen
Frau Dr. med. Elisabeth Schoen
Alte Promenade 1, I.

Prof. Loening
Burgstrasse 21
vom 31. Mai bis 16. Juni
verreist.

Schluss
der
Anzeigen-Annahme
vormittags 10 Uhr.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519190531-11/fragment/page=0008